



AUS UNSERER ARBEIT 2014



ARBEIT & SOZIALES

**Wir machen Türen auf:
Mobilität zukunftsfähig gestalten**



LÄNDLICHER RAUM

**Kleiner Aufwand – große Wirkung:
Bunte Aktionskiste für Kirchengruppen**



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

**Geld regiert die Welt:
Exkursionen in die Welt des Geldes**



UMWELT & DIGITALE WELT

**Da stimmt die Chemie: Nachhaltigkeitskongress
der Firma Merck in Darmstadt**



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

**EcoCity:
Die klimafreundliche Modellstadt**

Inhalt

VORWORT 3

SCHWERPUNKT

Dr. Brigitte Bertelmann, Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Auf geht's! Den Wandel gestalten 4

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Dr. Brigitte Bertelmann
Geld regiert die Welt. Exkursionen in die Welt des Geldes 8

Dr. Brigitte Bertelmann
Freihandel braucht Regeln und Transparenz. Die Debatte um die transatlantischen Freihandelsabkommen 10

Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Außer Thesen nichts gewesen? Vorlesungsreihe an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz 13

ARBEIT & SOZIALES

Marion Schick, Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Erwerbsarbeit ist nicht alles.
Forum Kirche, Wirtschaft, Arbeitswelt 14

Marion Schick
Operation düstere Zukunft. Neuntes Hessisches Sozialforum 15

Heike Miehe
Wir machen Türen auf.
Betriebsbesuche zum Thema Mobilität 16

Heike Miehe
Abstellgleis Minijob.
Welche Weichen müssen gestellt werden? 18

Pfarrer Dr. Ralf Stroh
5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt 19

UMWELT & DIGITALE WELT

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Dr. Brigitte Bertelmann
Da stimmt die Chemie.
Nachhaltigkeitskongress der Firma Merck in Darmstadt 21

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Staunen, forschen, handeln.
Der Schöpfungstag auf der Landesgartenschau in Gießen 23

Michael Grunewald
Datenschutz. Hausfriedensbruch mit Zustimmung? 24

LÄNDLICHER RAUM

Dr. Maren Heincke
Kleiner Aufwand – große Wirkung.
Bunte Aktionskiste für Kirchengruppen 25

Dr. Maren Heincke
Das transatlantische Freihandelsabkommen.
Risiken für den Ernährungs- und Agrarsektor 27

Dr. Maren Heincke
Die EU-Agrarreform.
Umsetzung in Hessen und Rheinland-Pfalz 28

Pfarrerinnen Ellen Simon
Erebt Wunden.
Fachtag zur generationenübergreifenden Traumatisierung 29

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Rudi Imhof, Kristina Eifert
EcoCity – Die klimafreundliche Modellstadt 30

AUS DER REGION

Larissa Arras
Windkraft im Odenwald.
Wie ein Energiekonzept die Region spaltet 31

Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Suchet der Stadt Bestes.
Gesellschaft nachhaltig gestalten 33

STREIFLICHTER 34

PERSONALIEN 36

ADRESSEN 38

IMPRESSUM 39

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

vieles deutet darauf hin, dass sich unsere (Welt-) Gesellschaft gegenwärtig in einem Umstellungsprozess befindet. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (www.wbgu.de) hat dies 2011 noch einmal sehr deutlich gemacht.

Gegenwärtig wird vielfach ausgelotet, wie eine Kooperation der gesellschaftlichen Kräfte mit Blick auf eine gerechte, nachhaltige und damit menschendienliche Entwicklung erfolgreich gestaltet werden kann. Auch die evangelischen Kirchen beteiligen sich in den Schwerpunkten „nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“ daran. Es gehört zum Selbstverständnis reformatorischer Theologie, dass alle Christen nicht nur Verantwortung für ihr eigenes Leben, sondern auch für das Ganze der Gesellschaft übernehmen. Die biblischen Visionen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung bilden dabei „Leitplanken“ des Engagements.

Unter dem Motto „Auf geht’s! Den Wandel gestalten“ hat sich auch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung mit regionalen Fachkollegen und -kolleginnen im letzten Jahr in über 40 Veranstaltungen und Projekten dem angesprochenen Thema schwerpunktmäßig zugewendet (siehe Seite 4). Aber auch andere Themen standen im Fokus, etwa die Diskussion über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (siehe Seite 10 u. 27), Fragen zum Thema Niedriglohnssektor (siehe Seite 18) oder das Thema Datenschutz (siehe Seite 24).

Getragen ist unser Engagement von orientierenden Impulsen der Bibel. Die Jahreslosung des Jahres 2014 ist solch ein Impuls. „Gott nahe zu sein ist mein Glück“, heißt es im 73. Psalm. Diesem persönlichen Bekenntnis sind ein zweifelndes Fragen und ein intensives Ringen mit Gott vorausgegangen, da sich der Beter mit qualvollen Beschwerden konfrontiert sieht. Das offensichtliche Glück von Menschen, die sich nur um sich kümmern und nicht nach Gott fragten, verstärkt sein Leiden noch. „Gewalttaten umhüllen“ sie und sie „... häufen Macht“ an. „Rascha“ – „Frevler“ nennt der Beter sie; man könnte sie auch „Kriminelle“ nennen. Ihnen geht es gut! Sie bestimmen das gesellschaftliche Leben, wir würden heute sagen durch Gewalt- und Machtmissbrauch. Diese Menschen sind offenbar „immer im Glück“. Der

Beter beginnt an Gottes Gerechtigkeit zu zweifeln, ringt mit seinem Gottvertrauen. Denn sinnlos, ohne gesellschaftliche Wirkung scheint ja ein Leben zu sein, das ein Mensch versucht nach dem Willen Gottes auszurichten. Gottes Güte, die in fairen Lebensverhältnissen konkret wird und den Anständigen gutes Ergehen verspricht, scheint da geradezu utopisch-ortlos.

Der Vergleich mit denen, die sich nur um ihren Vorteil, ihre Macht, ihren Status, ihr Glück kümmern und ganz offensichtlich ganz gut damit leben, unterliegt ja durchaus einer großen Verführung: ja, warum nicht? Doch den Beter hält hier etwas zurück. „Hätte ich gesagt: ich rede wie sie, dann hätte ich die Gemeinschaft deiner Kinder verraten“ stellt er fest. Doch was wäre hier verraten? Verraten wären in jedem Falle die Geschichten, die davon erzählen, dass Gott Schöpfer und alle Menschen seine Geschöpfe sind, und sich darin die unverwechselbare und unzerstörbare Würde eines Jeden begründet. Die Geschichten und Rituale, die daran erinnern, dass wir als Geschöpfe in einer umfassenden Gemeinschaft der Toten, Lebenden und Noch-nicht-geborenen in Verantwortung und Solidarität verbunden sind. Verantwortung für jede konkrete Zeit in der Geschichte der Menschheit erwächst so aus Vergangenheit und Zukunft der „Gemeinschaft der Kinder Gottes“. Hieraus können wir uns nicht selbst entlassen.

Der Psalmbeter spürt die Kraft, die ihn bindet, ja die ihn am Ende sagen lässt: „Gott nahe zu sein ist mein Glück“ (wörtlich: gut für mich). Es ist die Kraft Gottes, die in uns wach hält, dass wir Geschöpfe sind, aufeinander angewiesen und durch den Lauf der Geschichte aufeinander bezogen. Der philosophierende Bischof aus Hippo, Augustinus, hat das 386 in der Sommerfrische Oberitaliens so formuliert: „Suche ich dich, mein Gott, so suche ich das glückselige Leben ... Dich, Gott, werde ich suchen, damit meine Seele lebe.“ (Confessiones X, 29).

Ich wünsche Ihnen liebe Leserin, lieber Leser, eine anregende Lektüre.

Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt

Leiter des Zentrums
Gesellschaftliche Verantwortung



Auf geht's! Den Wandel gestalten

Im Dezember 2014 trafen sich in Lima Vertreter/innen aus 195 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen zu einer Klimakonferenz. Sie teilten die Einsicht, dass gemeinsame Anstrengungen erforderlich sind, um das Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, zu erreichen. Dies soll durch eine drastische Reduzierung des CO₂-Ausstoßes geschehen, der auf der 21. Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 mit möglichst hoher Verbindlichkeit vertraglich festgelegt werden soll.



von: Dr. Brigitte Bertelmann, stellvertretende Leiterin des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung, und Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt, Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung



Eröffnungsveranstaltung im Zoo-Gesellschaftshaus in Frankfurt am Main mit Pfarrer Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der EKHN, und Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND (kleines Bild r.u.), sowie Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt, Leiter des ZGV (kleines Foto r.o.).

Wer die Konferenz verfolgt hat, hat noch lebhaft vor Augen, wie mühsam es war, zumindest einen Minimalkonsens zu erreichen. Die Konflikte bezogen sich vor allem auf die verbindlichen Beiträge der einzelnen Länder und die unterschiedlichen Interessen der Industrieländer auf der einen Seite und der wohlhabenderen Schwellenländer auf der anderen. Während die Industrieländer darauf verweisen, dass der größte Zuwachs beim CO₂-Ausstoß in den Schwellenländern zu verzeichnen ist und folglich dort auch größere, verbindliche Anstrengungen zu dessen Re-

duzierung erforderlich seien, stellen die Schwellenländer wie China, Indien, Russland und Brasilien fest, dass das bereits bestehende hohe Belastungsniveau mit sogenannten „Klimagasen“ überwiegend durch die Industrieländer verursacht worden sei, die diesem klimaschädigenden Verhalten im wesentlichen ihren Wohlstand verdanken. Damit verbunden wird die Forderung der Schwellenländer, dass die Industrieländer folglich auch den größten Teil der Kosten der erforderlichen Klimaschutzpolitik zu tragen haben. Dem steht die Forderung der Industrieländer nach einer angemessenen Beteiligung der

Schwellenländer entgegen, die die sogenannten BRICS-Staaten nicht mehr als Entwicklungsländer sondern als Konkurrenten auf den globalen Märkten und um Anteile am wirtschaftlichen Wachstum betrachten.

Vor diesem Hintergrund wird die Debatte um Klimaschutz und Energiewende auch in Deutschland und Europa geführt. Nationalstaaten ebenso wie Bundesländer und Kommunen bzw. einzelne Branchen und Unternehmen fürchten um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumschancen, sollten sie mit überproportionalen und damit als ungerecht-

fertigt hoch und wettbewerbsverzerrend angesehenen Kosten für den Klimaschutz belastet werden. Arbeitnehmer/innen und Gewerkschaften fürchten um Arbeitsplätze und Aktiengesellschaften um die Investitionsbereitschaft von Anlegern, sollte auch nur die Vermutung aufkommen, dass bestimmte Unternehmen mit höheren Energiepreisen oder Kosten für den Klima- und Umweltschutz belastet werden.

Einzelne Menschen in ihren Rollen als Verbraucher, Mieter oder Vermieter, Unternehmer oder Selbständige, Pendler, Anrainer von Windparks oder geplanten Stromtrassen, als Eltern oder Rentner, als Hilfeempfänger oder Steuer- und Beitragszahler aber auch als Aktivisten für Klimaschutz, Lärmschutz, gesunde Nahrungsmittel und sauberes Trinkwasser befinden sich in vielfältigen, komplexen Interessenkonflikten.

Nicht überraschend ist, dass sich diese breite Debatte auch innerhalb der Kirche spiegelt. Schon beim Transformationskongress, den Brot für die Welt/ Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (SI) und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST e.V.) als Einrichtungen der EKD zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Deutschen Naturschutzring (DNR) im Juni 2012

durchführten, wurde deutlich, dass es auch zwischen den kirchlichen Einrichtungen durchaus unterschiedliche Herangehensweisen und Prioritäten gibt, wenn es um die Frage geht, wie eine zukunftsfähige Veränderung unserer Gesellschaft gelingen kann. Dies entbindet jedoch nicht davon, Möglichkeiten des kirchlichen Engagements weiter auszuloten. Die 11. Synode der EKD hat daher im November 2012 die Gliedkirchen aufgefordert, besonderes Gewicht auf ein Engagement zu legen, das zur ökologisch und sozial gerechten Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungen beiträgt.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat diesen Impuls u. a. mit dem Projekt „Auf geht’s! Den Wandel gestalten“ aufgegriffen. Es ist ein Arbeitsschwerpunkt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau im Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung und Diakonie im Rahmen des Themenjahrs Reformation und Politik der Reformationsdekade, wird aber auch in den nächsten Jahren fortgesetzt.

„Wenn wir uns heute dem Thema zuwenden, was sich in unserer Gesellschaft grundlegend ändern muss, und wenn wir dabei den Bogen zur Reformation spannen, dann tun wir gut daran, die mit der Reformation ausgelösten Veränderungen

als Lerngeschichte zu begreifen“, sagte Kirchenpräsident Dr. Volker Jung in seiner Einführung zur Auftaktveranstaltung. Er stellte dabei folgende Fragen in den Vordergrund: „Was braucht es, damit Veränderungen möglich sind? Was gibt Menschen Halt und Stabilität, um sich auf Veränderungen einzulassen? Und vor allem: Wie können die Konflikte, die mit Veränderungen zwangsläufig einhergehen, so gestaltet werden, dass sie friedlich ausgetragen werden können?“

Global denken, lokal handeln

Während es in der Reformationszeit gerade bei der Gestaltung des Gemeinwesens um relativ überschaubare Territorien ging, sehen wir heute, dass wir die entscheidenden Fragen global lösen müssen und dass die anstehenden Probleme nicht durch einzelne Maßnahmen oder in einem einzelnen Politikbereich bewältigt werden können. Dabei ist das Globale nicht vom Lokalen abzulösen. „Global denken, lokal handeln“ ist ein wichtiger Grundsatz. Die gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit dem Klimawandel und einer zunehmenden Ressourcenknappheit einhergehen, erfordern eine gesamtgesellschaftliche Kooperation. Verschiedentlich wird auch von der Notwendigkeit eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ gesprochen (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umwelt-



Dr. Volker Jung im Gespräch mit Angelika Zahrnt (kleines Foto r.o.) und Oliver Reese, Intendant des Schauspiels Frankfurt (kleines Foto r.u.), über eigene Erfahrungen mit Veränderungsprozessen.



Abschlussveranstaltung in „Die KÄS“ in Frankfurt mit Pfarrerin Ulrike Scherf, Stellvertreterin des Kirchenpräsidenten der EKHN, Prof. Ulrich Hemel, Begründer des Instituts für Sozialstrategie, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung a. D. (Foto r.o.), und dem Autor Christoph Giesa (Foto S. 7 r.o.).

veränderungen, 2011; www.wbgu.de). Sie erfordern aber als wesentlichen Teil des politischen, wirtschaftlichen und technischen Lernprozesses in der Gesellschaft auch vielfältige konkrete Schritte und gemeinsame Erfahrungen auf allen Handlungsebenen.

Im Rahmen des Schwerpunkts „Auf geht's! Den Wandel gestalten“ haben die Referentinnen und Referenten des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung und die Fach- und Profilstellen im Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung und Diakonie in Vorträgen, Tagungen, Studien- und Fachtagen, Studienfahrten und Ausstellungen die Frage vertieft, welche Aufgaben und Möglichkeiten dem Protestantismus/der Evangelischen Kirche im Rahmen eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesses zukommen. Verschiedene Veranstaltungen haben dabei insbesondere eine Verknüpfung zu dem derzeit stattfindenden Engagement vieler gesellschaftlicher und auch kirchlicher Akteure (etwa in Initiativen, Einrichtungen oder gemeindlichen Basis-

gruppen) im Kirchengemeinde hergestellt. In dieser Perspektive wurden auch auf regionaler Ebene Unternehmen, Gewerkschaften, Kulturschaffende und andere regional agierende Akteure eingeladen, die in Rede stehenden Herausforderungen in ihrer regionalen Relevanz gemeinsam mit der Kirche der Reformation zu betrachten. Mehr darüber kann in den mit dem Logo der Kampagne gekennzeichneten Beiträgen der einzelnen Referate nachgelesen werden.

Alle Christinnen und Christen tragen Verantwortung für die Gesellschaft

Die Reformation hat nicht nur beträchtliche gesellschaftliche Veränderungen ausgelöst, sondern wurde selbst ausgelöst durch die Erkenntnis, dass sich etwas grundlegend ändern müsse. Es gehört zum Selbstverständnis und den

Bildungszielen reformatorischer Theologie, dass alle Christen Verantwortung für das Ganze der Gesellschaft zu übernehmen haben. Im Zusammenhang seiner Kritik an der römisch-katholischen Bußtheologie ergaben sich für Luther nicht nur grundlegende Klärungen im Hinblick auf das angemessene Verständnis des inneren Menschen und der menschlichen

Seele, sondern zugleich Folgerungen aus diesen Einsichten für das Verständnis des äußeren Menschen und die sachgemäße Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Die von Luther formulierten Einsichten in die Genese von Glaubensgewissheit – und Gewissheit überhaupt – ergeben ihrer eigenen Logik nach sowohl eine Beschreibung der Zuständigkeitsbereiche kirchlichen Handelns und ihrer Grenzen, wie sie eine ebenso klare Aufgabenbeschreibung des politischen Handelns und seiner wesentlichen Grenzen ermöglichen. Leider unterblieb infolge der



geschichtlichen Umstände in den Anfängen der Reformation die unverkürzte Umsetzung dieser tiefgreifenden sozial-ethischen und politikethischen Einsichten. Die Kirchen der Reformation überlebten nur dank der Unterstützung der ihnen freundlich gesinnten politischen Machthaber. Allerdings weitgehend um den Preis des Verzichts auf eine trennscharf ausdifferenzierte Aufgabenzuweisung an Politik und Kirchen. Eine gerade Linie von der Reformation zur modernen Politik gibt es sicher nicht. Aber auch heute ist die Verhältnisbestimmung von politischer Existenz und christlichem Glauben eine bleibende Herausforderung. Einer Politisierung des Geistlichen wie einer Klerikalisierung des Politischen ist dahingehend zu widersprechen, dass öffentlich erkennbar bleibt, dass eine politische geistliche Existenz die Mitverantwortung für Politik zwar schärft und fördert, aber doch um die Vorläufigkeit, Fehlerhaftigkeit und Begrenztheit politischen Handelns weiß. Mit Blick auf die große Herausforderung des gesellschaftlichen Wandels auf Grund von Klimawandel und einer zunehmenden Ressourcenknappheit ist

diese „Differenzierungskraft des Glaubens“ immer wieder öffentlich einzutragen. In über 40 Projekten, Veranstaltungen und Aktionen wurde exemplarisch dieser Versuch unternommen.

In der Abschlussveranstaltung analysierte Prof. Ulrich Hemel, Begründer des Instituts für Sozialstrategie, Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements in Zeiten der Globalisierung. Sein Vortrag verknüpfte in einem weiten Bogen theologische und philosophische Traditionen der Gerechtigkeitstheorie und verband diese Überlegungen mit konkreten Beispielen aus seinen Erfahrungen in Europa und zahlreichen Ländern Lateinamerikas. Deutlich wurde, dass es in vielen Gesellschaften nur ein schmaler Grat ist, der legales staatliches Handeln und organisierte Kriminalität trennt. Gerade durch den Kontrast hierzu traten die von ihm beschriebenen ermutigenden Beispiele für wirkungsvolles zivilgesellschaftliches Handeln umso heller hervor. Ihre Mitte haben sie im geduldigen Gestalten von Bildungsräumen, die das Reifen einer lebensstüchtigen Identität ermöglichen.

Im abschließenden Podiumsgespräch es um die Frage, wie Mut zu vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen verantwortlichen Personen die immer wieder beschworenen „Sachzwänge“, die Veränderungen entgegenstehen, zu überwinden vermag. Es sind letztlich Personen, die Entscheidungen treffen oder sich ihnen verweigern. Schon heute gibt es zahlreiche Beispiele im In- und Ausland für Unternehmen, die erfolgreiche eingetretene Pfade verlassen. Es kommt darauf an, unter den Bedingungen der Verflüssigung gesellschaftlicher Strukturen und Beziehungsräume neue regionale und globale Erfahrungsräume zu schaffen, in denen Vertrauen zur Zusammenarbeit entstehen kann. Kirche kann zu solchen Vernetzungen und Kooperationen einladen und ihre Strukturen dafür öffnen und weiterentwickeln. Sie kann aber vor allem ihr eigenes Handeln konsequent auf Nachhaltigkeit ausrichten und den notwendigen gesellschaftlichen Dialog darüber, was wir gemeinsam unter einem guten Leben verstehen und wie wir es mit vereinten Kräften gestalten wollen, vorantreiben. ■



Geld regiert die Welt: Exkursionen in die Welt des Geldes

Am Finanzplatz Frankfurt sind alle Ebenen der Geld- und Finanzpolitik bzw. der Finanzmarktakteure vertreten. Der ideale Ort also um bei „Exkursionen in die Welt des Geldes“ die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bank AG und die GLS Bank mit ihrem jeweiligen Aufgabenfeld und ihren Zielen aus erster Hand kennenzulernen.



von: Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik



Seit der Finanzkrise und der darauf folgenden Wirtschafts- und Schuldenkrise wurde spätestens auch den „kleinen Sparern und Anlegern“ klar, dass es einen Zusammenhang gibt, zwischen ihren Anlagen bei der nächsten Bankfiliale und dem, was sich auf den globalen Finanzmärkten abspielt. Und spätestens seit deutlich wurde, dass die nationalen Notenbanken und die Europäische Zentralbank eine zentrale Rolle spielten bei den Bemühungen, die überschuldeten Euroländer und ihre großen Geschäftsbanken vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren und Voraussetzungen für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung zu schaffen, wurde ebenfalls vielen klar, wie eng Geldpolitik, Finanz- und Wirtschaftspolitik miteinander verflochten sind.

Die Zentralbank

Nach einer Einführung in das Thema im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung war die Deutsche Bundesbank die erste Station. Hier wurde insbesondere die Aufgabe der Bundesbank als Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland und damit als „Bank der Banken“ sowie ihre Rolle als Teil des Eurosystems dargestellt. Gemeinsam sind die nationalen Zentralbanken und die Europäische Zentralbank

verantwortlich für die Stabilität des Euro als der gemeinsamen Währung, sowie die ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Geld.

Bei ihrer Stabilitätspolitik muss die Bundesbank auch Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik der Mitgliedsländer im Euroraum einbeziehen, gleichzeitig aber auf eine langfristige Orientierung auf der Grundlage gründlicher, neutraler Analyse und unter der Wahrung ihrer Unabhängigkeit von Einzelinteressen verfolgen. Keine leichte Aufgabe angesichts der sehr unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen und der großen Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Länder des Euroraums. Gleichzeitig wurden auch die Grenzen einer einheitlichen Währungspolitik bei autonomer Wirtschafts- und Finanzpolitik in den einzelnen Ländern deutlich und die Diskussion um die Bedingungen von mehr Gemeinsamkeit in diesem Bereich umrissen, die auch im Rat der EZB immer wieder strittig geführt wird. Es bleibt letztlich eine politische Entscheidung, wieviel Autonomie bei ihrer Finanzpolitik die Mitgliedsstaaten bereit sind abzugeben und wie konsequent sie sich an die grundsätzlich gemeinsam vereinbarten Grenzen bezüglich ihrer öffentlichen Verschuldung und der jeweils nationalen Haftung für diese Schulden halten.



Die Deutsche Bank AG

Zum Besuch bei der Deutsche Bank AG gehörte auch eine Führung durch die neuen „Twin Towers“, die nach umfangreichen Sanierungsarbeiten als eines der klimafreundlichsten Bürogebäude weltweit gelten. Obwohl die Planung für dieses Gebäude bereits einige Jahre vorher begonnen hat, kann auch dieses, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Bauwerk, vielleicht als ein Zeichen für den von der Deutschen Bank selbst ausgerufenen und für dringend notwendig gehaltenen „Kulturwandel“ in der Bank betrachtet werden.

Die Deutsche Bank AG, die größte deutsche Universalbank, musste in der Finanzkrise nicht auf direkte Finanzhilfen des Bundes zurückgreifen. In die Kritik geraten war die Deutsche Bank in den Jahren nach 2008 aber dennoch als einer der großen Akteure im Investmentbanking und durch ihre Beteiligung an Wertpa-



piergeschäften, die für viele Anleger zu großen Verlusten führten. Verschärft wurde der Imageschaden und der damit verbundene Vertrauensverlust außerdem durch die Verwicklung in die Manipulation des LIBOR Zins-Satzes (London Interbank Offered Rate) sowie durch eine Reihe weiterer Skandale. Die Frage nach der internen Akzeptanz und Umsetzung des selbst verordneten Kulturwandels stand demnach auch im Mittelpunkt unseres Interesses.

In der Präsentation der Bank und unseren Gesprächen wurde deutlich, wie wichtig es der Deutschen Bank ist, das verlorene Vertrauen und ihren guten Ruf als verlässlicher, fairer Finanzpartner wiederherzustellen. Dazu sollen u. a. neue Compliance-Regeln verbunden mit verpflichtenden Schulungen und ein verändertes Bonusprogramm beitragen. Dass dies kein leichter Prozess ist in einem Unternehmen, das sich nach wie vor in intensivem globalen Wettbewerb befindet, und das insgesamt stolz ist auf seine erfolgreiche Entwicklung in den letzten fünfzehn Jahren, wurde deutlich angesprochen. Deutlich wurde auch die Kränkung und Verunsicherung, die es für viele Mitarbeitende in der Bank bedeutet, für ein Verhalten und System in Mithaftung genommen zu werden, auf das sie persönlich keinen Einfluss haben, unter dem

sie teilweise selbst erheblich gelitten haben und von dem nur wenige tatsächlich in dem öffentlich oft dargestellten Ausmaß profitiert haben. Umso höher ist die Bereitschaft zu schätzen, über diesen schwierigen, internen Prozess mit „Außenstehenden“ zu sprechen und Fragen zu beantworten.

Die GLS Bank

Die GLS-Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken e.G., feierte als erste sozial-ökologische Bank der Welt 2014 ihr 40-jähriges Bestehen. Mit fast 37.000 Mitgliedern hat sie ein rasantes Wachstum aufzuweisen. Interessant ist insbesondere, wie es einer Bank mit einem radikal anderen Geschäftsmodell und Zielen, die zu den herkömmlichen Zielen von Banken und anderen Finanzinstituten in krassem Widerspruch stehen, gelingen kann, über so viele Jahre eine kontinuierliche Erfolgsgeschichte zu schreiben – und dies schon lange bevor die Finanzkrise die Frage nach Alternativen zu den üblichen Akteuren und Geschäftsmodellen auf dem Finanzmarkt für eine breitere Öffentlichkeit aufwarf. In der Filiale Frankfurt stellte uns Herr Schnitzbauer das Konzept der GLS Bank und ihre Geschäftsfelder vor (Bildung, Energie, Ernährung, Wohnen und Gesundheit).

Unter dem Motto „Geld ist für die Menschen da“, verfolgt die GLS das Ziel, die bei ihr angelegten Gelder sinnstiftend, nachhaltig und transparent anzulegen, um individuelle und gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Die GLS kooperiert mit diesem Anliegen mit anderen Banken, die Nachhaltigkeit zu ihrem Geschäftsprinzip gemacht haben, z. B. in Frankfurt bei der Durchführung der „Fair Finance Week“. Sie hat außerdem mit nachhaltigen Banken in anderen Ländern 2009 die Global Alliance for Banking in Values gegründet und setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Ausbreitung eines auf ethischen Werten basierenden, nachhaltigen Finanzwesens ein. Bis 2020 will die Allianz eine Millionen Kunden erreicht haben, die aus Überzeugung Geld zu einem sozialen Gestaltungsmittel machen wollen.

Die EKHN als Akteur auf dem Finanzmarkt

Mit ihren Stiftungsmitteln und Rücklagen, die zumindest werterhaltend, möglichst aber ertragreich angelegt werden sollen, gehört auch die EKHN zu den mittelgroßen institutionellen Anlegern auf den Finanzmärkten. Das Seminar wurde abgerundet durch ein Gespräch mit Herrn Helmut Mader, dem Vorsitzenden der Versorgungsstiftung der EKHN, über die Frage, wie es die Kirche hält mit ihrem Geld. In diese ehrenamtliche Funktion bringt er seine jahrzehntelange Erfahrung im Investmentbanking einer großen, international tätigen Bank ein, aber durchaus auch eine kritische Haltung gegenüber den Entwicklungen im Bankensektor in den letzten Jahren. Anschaulich erläuterte er die Herausforderungen, die damit verbunden sind, einerseits die ethischen Anlagekriterien zu beachten, die sich die EKHN zusammen mit mehreren anderen Mitgliedskirchen der EKD gegeben hat, und gleichzeitig mit den Anlagen Erträge zu erzielen, die es der Versorgungsstiftung ermöglichen, ihren Stiftungszweck zu erfüllen.

Die „Exkursionen“ werden im März 2015 fortgesetzt. ■

Freihandel braucht Regeln und Transparenz: Die Debatte um die transatlantischen Freihandelsabkommen

Seit Sommer 2013 verhandelt die EU mit den USA unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit über ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das sogenannte TTIP-Abkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Dieses Abkommen ist zu sehen im Kontext einer Reihe ähnlicher internationaler Abkommen wie etwa dem Comprehensive Economic Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der EU, das sich zur Zeit in der Phase der Vorbereitung der Ratifizierung befindet, oder den multilateralen Verhandlungen über Dienstleistungen (Trade in Services Agreement – TISA).



von: Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik

Diesen aktuell in der Verhandlung befindlichen Abkommen gingen eine große Zahl bilateraler Abkommen zwischen den USA bzw. einzelnen Mitgliedsstaaten der EU mit anderen Ländern voraus. In diesen Kontext und in die Diskussion der Ziele und Inhalte der transatlantischen Freihandelsabkommen gehören aber auch die ausgesetzten Verhandlungen im Rahmen der WTO, die sogenannte Doha-Runde oder das gescheiterte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI). Die Gründe für das Scheitern lagen hier zum einen im Widerstand von Schwellen- und Entwicklungsländern gegen allzu einseitig zugunsten

der Industrieländer ausgerichteten Markt-zugangsbestimmungen, im Falle des MAI vor allem am heftigen Widerstand zahlreicher NGOs gegen die sehr weitgehenden Investitionsschutzvereinbarungen, sowie gegen die sogenannten „roll-back“- und „stand-still“-Klauseln, die eine Entwicklung nur in Richtung weiterer Liberalisierung vorsahen.

Das vorerst als abgeschlossen betrachtete Abkommen zwischen der EU und Kanada gilt allgemein als „Blaupause“ für das Abkommen zwischen der EU und den USA. Allgemein wird davon ausgegangen, dass das TTIP-Abkommen, das weit mehr öffentliche und mediale Auf-

merksamkeit erhält als das CETA, nicht hinter letzterem zurückbleiben wird.

Die mit den beiden Abkommen erklärten verbundene Ziele sind:

- der Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen,
- die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung,
- weitreichender Investitionsschutz für Unternehmen,
- die politische Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung,
- das Durchsetzen weltweiter Maßstäbe.

Die Kernpunkte der Auseinandersetzung sind:

- Verbraucherschutz und Umweltstandards,
- Auswirkungen auf Kommunen,
- Arbeitsplätze und Sozialstandards,
- Investitionsschutz,
- Eingriff in demokratische Rechte und ordnungspolitische Richtungsentscheidungen.

Während die Ziele oft in der oben aufgeführten Reihenfolge genannt werden, stellt sich die Rangordnung ihrer Bedeutung eher in der umgekehrten Reihenfolge dar. So geht Wirtschaftsminister Gabriel davon aus, dass „das Abkommen [...] kann [...] zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung beitragen“ kann und dass Europa damit vermutlich das letzte Mal die Chance haben wird, „weltweite Maßstäbe zu setzen“. Auch die Formulierung der früheren



amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton, die mit dem Freihandelsabkommen die Erwartung einer „Wirtschafts-NATO“ verband, scheint die These des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Kenneth Rogoff zu bestätigen, dass „ökonomische Stärke militärische Stärke als Grundlage internationalen Prestiges abgelöst hat“.

Geopolitische Bedeutung der Handelsabkommen

Vor dem Hintergrund, dass auf die USA, Kanada und die EU fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts und über ein Drittel des globalen Handels entfallen, wird erwartet, dass durch einen einheit-

auch Schutzräume und Hilfe für eine aufholende Entwicklung bieten.

Neben den Entwicklungsländern werden auch andere Länder in unterschiedlichem Umfang von der Umlenkung von Handelsströmen betroffen sein. Gerade aus geopolitischen und strategischen Gründen sind hier also nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Folgen und damit verbundene Kosten einzubeziehen. Wenn auf der einen Seite Europa und die USA bzw. Kanada enger zusammenrücken, grenzen sie sich dadurch gleichzeitig stärker gegenüber anderen Ländern ab. Die Frage, ob ein so weitreichendes Handelsabkommen mit einem globalen Wirkungs-

ab. Insgesamt bleiben aber die erwarteten zusätzlichen durchschnittlichen jährlichen Wachstumseffekte über einen Zeitraum von 15 Jahren selbst dann, wenn ein sehr weitgehender Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen umgesetzt wird, für die USA unter einem Prozent, für Deutschland und die EU-27 bei ca. 0,3 Prozent. Gleichzeitig kritisieren die Gewerkschaften, dass im CETA-Abkommen, dessen Text insoweit bekannt ist, der Schutz von Arbeitnehmerrechten und Umweltschutzstandards nicht in gleicher Weise gesichert und durchsetzbar ist, wie der Schutz von Investitionen. Der DGB begrüßt zwar die grundsätzliche Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Überwachung der entsprechenden Kapitel des Abkommens, fordert aber, dass Verstöße ebenfalls mit Handelssanktionen und Entschädigungszahlungen geahndet werden können, wie dies die Investitionsschutzklauseln vorsehen.

Investitionsschutz

Investitionsschutzverfahren sind Bestandteil der meisten Freihandelsabkommen. Grundsätzlich sollen damit die Unternehmen, die im Ausland investieren, vor Enteignung in politisch unsicheren Ländern geschützt werden. Die Bundesregierung und insbesondere Wirtschaftsminister Gabriel haben die Investitionsschutzklauseln für die transatlantischen Freihandelsabkommen als „eigentlich nicht notwendig“ erklärt und angekündigt, dass sie sich für eine Neuaufnahme der Verhandlungen im Rahmen des CETA zu diesem Punkt einsetzen wollen. Dies entspricht auch den Forderungen des DGB. Ob dies allerdings durchsetzbar ist, scheint bisher fraglich.

Im Mittelpunkt der Kritik steht die Tatsache, dass diese Abkommen allein auf die Interessen von Unternehmen abstellen und diese rechtlich gleichgestellt werden mit Nationalstaaten. Dadurch wird das Rechtswesen der Staaten geschwächt und auch in solchen Ländern abgewertet, die über ein funktionierendes, hochentwickeltes Rechtswesen verfügen. Insbesondere das Fehlen einer Berufungsinstanz, die Nichtöffentlichkeit der Schiedsverfahren sowie die Intransparenz und die möglichen Interessenkonflikte bei der Besetzung der Schieds-



lichen Markt dieser Größenordnung durch das Umlenken von Handelsströmen und den Gewinn von Marktanteilen noch weiterreichende Wettbewerbsvorteile für die dazugehörigen Unternehmen entstehen werden. Dem stünden folglich Verluste in Ländern und bei Unternehmen außerhalb des Gültigkeitsbereichs dieser Handelsabkommen gegenüber. Die zu erwartenden Auswirkungen auf Drittländer, insbesondere auf Entwicklungsländer sind ein Punkt, den nicht nur die kirchlichen Entwicklungshilfeverbände wie Brot für die Welt mit großer Sorge sehen. Das vorrangige Ziel des Handels mit Entwicklungsländern kann es nicht sein, möglichst umfassenden unbegrenzten Marktzugang für die wirtschaftsstarken Länder zu erreichen. Fairer und freier Handel muss für einen gewissen Zeitraum

anspruch nicht auch neue oder alte politische Gräben wieder aufreißt und zu einer erneuten Blockbildung führt, muss in die Debatte mit einbezogen werden. Die möglichen Folgen – nicht nur im Sinne kurzfristiger, finanziell quantifizierbarer Kosten – müssen offen und ehrlich diskutiert werden.

Wachstums- und Beschäftigungseffekte

Die bisher in verschiedenen Studien z. B. des ifo-Instituts und der Bertelsmann Stiftung prognostizierten Wachstums- und Beschäftigungsgewinne sind insgesamt relativ gering und weichen – je nachdem ob Beschäftigungsverluste durch Reallokationseffekte berücksichtigt werden oder nicht, erheblich voneinander

gerichte führen zu einer sehr breiten Ablehnung dieses Verfahrens. Schließlich muss auch die potenzielle Benachteiligung inländischer, insbesondere mittelständischer Unternehmen einbezogen werden, denen dieser Klageweg nicht offensteht.

Mit der bereits in den letzten Jahren stark ansteigenden Zahl von Klagen von Unternehmen gegen Staaten auf der Grundlage von Investitionsschutzklauseln und den beobachteten Effekten scheint die Sorge sehr berechtigt, dass dadurch die Gestaltungsfähigkeit demokratisch legitimierter Landesregierungen und Gebietskörperschaften erheblich eingeschränkt wird. Damit greifen Schiedsgerichte direkt in das Haushaltsrecht und mittelbar in das Gestaltungsrecht von Parlamenten ein.

Parlamente zukünftig weiterführende Verbesserungen beschließen können, ohne dass diese als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ betrachtet und damit nicht – oder unter Berufung auf Investitionsschutzbestimmungen nur zu untragbar hohen Kosten – in Kraft treten können. Gerade bei finanziell schwachen Staaten, wie den südeuropäischen Mitgliedsländern der EU, zeigt die Erfahrung, dass dies, zur Vermeidung von Schiedsgerichtsverfahren und angedrohten Kosten, zu politischen Entscheidungen führen kann, die keineswegs dem tatsächlichen Mehrheitswillen in den Parlamenten oder der Bevölkerung entsprechen.

Die einseitige Ausrichtung auf immer weitere Liberalisierung und Privatisierung in den Freihandelsabkommen wird auch durch das Einführen sogenannten Regu-

andersetzung um die Zulassung einzelner Produkte oder Verfahren hinausgehen. Der gesellschaftspolitische Diskussions- und Klärungsbedarf geht weit darüber hinaus und umfasst auch die Frage, was die vielzitierte westliche Wertegemeinschaft tatsächlich ausmacht und ob freier Handel und Wettbewerb ein Wert an sich sein kann oder als wichtiges und wertvolles aber auch zu begrenzendes Instrument zur Förderung eines guten Lebens für möglichst alle Menschen einzusetzen und zu gestalten ist. Mit diesem Verständnis ist dann weiter zu klären, wie wir die Klimaschutzziele und den Schutz globaler Gemeingüter in die Handelsabkommen einbeziehen, wie wir politische Blockbildung und eine Gefährdung des Friedens vermeiden, wie wir schließlich die berechtigten Interessen von Entwicklungsländern und weiterer betroffener „Drittländer“ im Blick behalten.

Zu klären ist schließlich auch die Verfassungskonformität des Verfahrens und die Qualität der Handelsabkommen als „gemischte Abkommen“, die auch der Zustimmung der nationalen Parlamente bedürfen.

Diese Fragen wurden bereits im vergangenen Jahr in zahlreichen Vorträgen, Podiumsgesprächen, Interviews und Veröffentlichungen von Referentinnen des ZGV in die Diskussion eingebracht. Anfragen für Veranstaltungen aus verschiedenen Regionen liegen bereits für die nächsten Monate vor. Die Freihandelsabkommen werden weiter auf der Tagesordnung stehen und auch von den Kirchen werden hier klare Positionen erwartet. Eine kritische Auseinandersetzung mit den grundsätzlichen Fragen ebenso wie mit den Auswirkungen in einzelnen Bereichen wie Ernährung und Verbraucherschutz, kommunale Daseinsvorsorge, Klimaschutz, Umweltschutz, Schutz von Sozialstandards und Arbeitnehmerrechten aber auch den Auswirkungen auf Regionen mit ihrer jeweiligen Wirtschaftsstruktur müssen auf beiden Seiten des Atlantiks fair und offen und mit der nötigen Zeit geführt werden. Dafür setzen wir uns ein. Ein Schubladendenken, das diejenigen, die sich kritisch mit den Freihandelsabkommen auseinandersetzen allzu schnell als Europagegner oder „Feinde Amerikas“ abstempelt, ist dabei nicht zielführend. ■



Mit den in den Abkommen enthaltenen „Negativlisten“, in denen Ausnahmen für bestimmte Leistungen oder Güter festgehalten sind, wird automatisch für alle anderen eine Liberalisierungsverpflichtung vorgesehen. Dies schränkt ebenfalls die politische Gestaltungsmöglichkeit bei Neuentwicklungen oder politisch neu zu bewertenden Situationen ein. Mehr Gestaltungsspielraum würden Positivisten bieten, wie sie bisher in der EU gelten, mit denen eine weitgehende Liberalisierung in Einzelfällen begründet wird. Das gleiche gilt für die oft zugesagte „Sicherung des jeweils höchsten, heute geltenden Standards“. Damit wird faktisch ausgeschlossen, dass demokratisch gewählte

lierungsausschüsse deutlich, die in nachgelagerten Verfahren weitere Einzelheiten festlegen sollen und auch bezüglich bestehender Regelungen in diese Richtung verhandeln sollen. Ob und mit welchem Einfluss hier als „Betroffene“ auch Vertreter der Zivilgesellschaft einbezogen werden, ist zumindest noch offen.

Weiter großer gesellschaftlicher Diskussionsbedarf

Angesichts des sehr weit reichenden Gestaltungsanspruchs und der sehr langfristigen globalen Auswirkungen muss die Diskussion um die transatlantischen Freihandelsabkommen weit über die Ausein-

Außer Thesen nichts gewesen? Reformation und gesellschaftlicher Wandel: Vorlesungsreihe an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Martin Luther hat mit seinen 95 Thesen zum Ablass Epoche gemacht. Wenn heutzutage als wesentliche Errungenschaften der Reformation Gewissensfreiheit und Recht auf individuelle Lebensgestaltung ohne Fremdbestimmung, mithin Emanzipation und Kritik überkommener Machtansprüche und Institutionen gefeiert werden, darf dahinter nicht übersehen werden, dass diese Güter sich dem Bemühen um sachorientierte Verständigung im Hinblick auf Grunderfahrungen verdanken, die allen Menschen gemeinsam sind.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik

Schon Luthers Thesenanschlag ist die Einladung zu einem an Verständigung orientierten Streitgespräch gewesen und forderte dazu auf, sich der erlebten Wirklichkeit unvoreingenommen zuzuwenden und die traditionellen Deutungsangebote ohne Ansehen der Person an dieser Wirklichkeit selbst zu messen.

Diesen Grundimpuls griffen vier Vorlesungen auf, die das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung gemeinsam mit dem Fachbereich Evangelische Theologie organisierte. Ihr Ziel war es, wesentliche Themenfelder der Reformation in ihren individuellen wie sozialen Bezügen in den Blick zu nehmen. Und zwar jeweils aus theologischer und nichttheologischer Perspektive, um dem an gesamtgesellschaftlicher Verständigung orientierten Ansinnen Luthers gerecht zu werden.

In der ersten Runde beantwortete Christiane Tietz die Frage, welches Bild vom Menschen zur Zeit Luthers leitend war und wie es von ihm verändert wurde. Anschließend erörterte Clarita Müller-Plantenberg, welche Leitbilder heute in der Gestaltung globaler Lebenszusammenhänge leitend sind. Sie beschrieb deren Grenzen und entfaltete Perspektiven, um die diese Leitbilder erweitert werden sollten, um dem ganzen Menschen gerecht zu werden.

Am zweiten Abend führte Stephen Buckwalter in die Welt der Flugschriften ein und beschrieb deren Bedeutung für die Veränderungen der Reformationszeit.

Ob und inwiefern in unserer Zeit technische Errungenschaften wie z. B. die neuen sozialen Medien in der Lage sind, gesellschaftsverändernde Kräfte freizusetzen, untersuchte Bettina Oppermann.

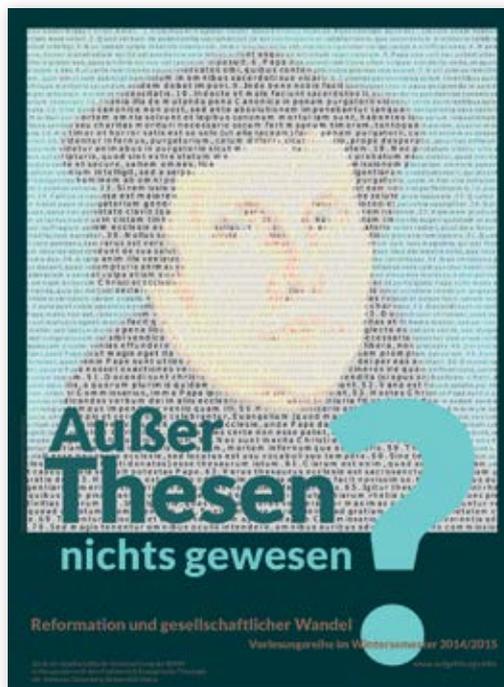
Im ersten Teil der dritten Vorlesung entfaltete Reiner Preul den weit ausgreifenden Ansatz der reformatorischen

Zeit zu lassen. Reifungsprozesse sind keine Produktionsprozesse. Bildung wird nicht gemacht, sondern entwickelt sich in Erfahrungsräumen.

Noch vor dem Begriff der Bildung ist Erfahrung ein Grundbegriff reformatorischer Theologie. Theorie und Besinnung haben für die evangelische Theologie nicht die Aufgabe, das Leben auf Abstand zu halten, sondern sollen ganz im Gegenteil zum unverstellten Blick auf das Leben verhelfen.

Wilfried Härle entfaltete vor diesem Hintergrund Luthers Theologie als Ergebnis einer Haltung, die sich dem Leben in seiner ganzen Tiefe und Abgründigkeit öffnet, weil nur so seine Chancen und Möglichkeiten zu entdecken sind. Der Literat Peter Härtling, der sich im zweiten Teil dieser abschließenden Doppelvorlesung auf die Suche nach jenem Ort machen wollte, an dem solche das Leben als Ganzes umgreifenden und tragenden Erfahrungen beheimatet sind, musste leider kurzfristig absagen.

Alle Vorlesungen wurden von Hörerinnen und Hörern aus der Universität, aber auch der Stadt Mainz und der Umgebung besucht. Sie stammten aus unterschiedlichen Fakultäten und aus vielfältigen lebensweltlichen Zusammenhängen und trugen mit ihren Beiträgen zur Diskussion der Vorträge Anteil daran, dass das Ziel der Reihe erreicht wurde: Die Reformation als eine an der Verständigung über unsere gemeinsame Verantwortung für das Zusammenleben orientierte Bewegung in Erinnerung zu bringen. ■



Bildungstheorie. Bildung als gesellschaftliche Aufgabe transzendiert wirtschaftliche Erwartungen an das Bildungswesen und nötigt dazu, die für gelingende Bildungsprozesse notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen jenseits von Schule und Ausbildung in den Blick zu fassen. Ursula Frost beschrieb die Notwendigkeit, Bildungsprozessen

Die 4-in-1-Perspektive – Erwerbsarbeit ist nicht alles: 2. Forum Kirche, Wirtschaft und Arbeitswelt zur Zukunft der Arbeit



Professorin Frigga Haug

Am Donnerstag, den 5. Juni 2014, lud das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung zum zweiten Forum Kirche, Wirtschaft, Arbeitswelt nach Mainz ein. Die einmal pro Jahr stattfindende Veranstaltung bringt unternehmerische Perspektiven, Anliegen und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie das gesellschaftliche Engagement der EKHN miteinander ins

Gespräch und konzentriert sich dabei jeweils auf ein gemeinsames Thema.



von: Marion Schick, Referat Arbeit & Soziales, und
Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik

In diesem Jahr stand die Zukunft der Arbeit zur Debatte. Wie ist Arbeit in einer nachhaltigen und sozial gerechten Gesellschaft zu organisieren? Ist eine Wirtschaftsordnung vorstellbar, in der die Beschäftigten deutlich weniger Zeit als bisher für Erwerbsarbeit aufwenden und all jene Bereiche menschlicher Arbeit gleichberechtigt in den Blick kommen, die derzeit noch keine ausreichende Wertschätzung erfahren?

Im christlichen Glauben ist „Arbeit alles, was lebensdienlich ist“, so der Leiter des Zentrums, Oberkirchenrat Christian Schwindt, in seiner Einführung. „In treuhänderischer Verantwortung soll der Mensch mit seiner Arbeit gleichsam den Prozess der Erhaltung und Gestaltung der göttlichen Schöpfung übernehmen; und das nicht nur im Modus von Lohn- bzw. Erwerbsarbeit. Sich um Menschen kümmern, die Hilfe brauchen, Kindererziehung, Nachbarschaftshilfe, bürger-

schaftliches Engagement – all das ist Arbeit, verdient gesellschaftliche Anerkennung und braucht natürlich Zeit“, so Schwindt weiter.

Die emeritierte Professorin Frigga Haug stellte im Hauptvortrag des Vormittags ihre „4-in-1-Perspektive“ zur Diskussion. Sie wirbt dafür, die abstrakte Fixierung auf die Erwerbsarbeit zu überwinden. Die vier Bereiche Erwerbsarbeit, fürsorgende Arbeit, persönliche Entwicklung und Politik seien allesamt wesentliche Aspekte humaner Lebensführung. Nach ihrer Ansicht sei eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit geboten, verbunden mit der allgemeinen Aufwertung und Aufnahme fürsorglicher Arbeit für alle und gleichzeitiger Gewinnung von Zeit für die persönliche Entwicklung, Bildung und Gestaltung der Gesellschaft.

Während einige Gäste in diesen Überlegungen einen längst überfälligen Appell für eine menschengerechtere Einrichtung

der Gesellschaft sahen, konnten sich die meisten Podiumsgäste und Besucher des Forums ihnen nur schwer anschließen. Zu ungewohnt war wohl die Perspektive Haugs und vor allem auch zu wenig nachvollziehbar, wie denn der von ihr geforderte Systemwechsel ganz praktisch organisiert werden solle.

Susann Mommsen vom Verband berufstätiger Mütter setzte sich in der Podiumsdiskussion für den Ausbau von Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen ein und forderte bundeseinheitliche Bildungsstandards, damit berufstätige Eltern mit schulpflichtigen Kindern leichter das Bundesland wechseln können.

Hans Joachim Heidecker, Sprecher der Industriebetriebsräte in Mainz, unterstützte Haugs Plädoyer für eine verstärkte Wertschätzung aller Arbeit, nicht nur der Erwerbsarbeitszeit.

Dr. Werner Scherer von der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände sieht Haugs Votum dagegen angesichts des großen Organisationsaufwands und der immensen Kosten skeptisch. Er setzt seinerseits auf inzwischen entwickelte Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und innovative Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Ralf Lokay, Inhaber der gleichnamigen Druckerei, stellt in seiner Rolle als Arbeitgeber den Menschen in den Vordergrund. So bezahlt die Firma etwa die Kosten für den Kitaplatz oder richtet Homeofficeplätze ein, damit Eltern kranker Kinder von zuhause arbeiten können.

Ein anderer konzeptioneller Ansatz wurde am Nachmittag diskutiert: die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich? Unternehmer Siegfried Huhle aus Wiesbaden, Alexandre da Silva vom DGB Hessen-Thüringen, Arbeitsmediziner Dr. Michael Vollmer und Stefan Lerach von der Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis machten auf der Grundlage ihrer Erfahrungen deutlich, wie vielfältig die Probleme sind, die einer Neuorganisation unseres gesellschaftlichen Umgangs mit Arbeit in all ihren Facetten noch im Wege steht.

Es war ein ungeschönter Blick, mit dem das Forum auf die Welt der Arbeit schaute. Aber zugleich lässt nur ungeschminkter Realismus erkennen, wie nötig wir Visionen haben. ■

„Operation düstere Zukunft“: Neuntes Hessisches Sozialforum

Am Samstag, dem 26. April 2014, fand zum neunten Mal das Hessische Sozialforum statt. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN gehört als Mitglied des Bündnisses Soziale Gerechtigkeit in Hessen seit dem ersten Forum im Jahr 2003 zu den Mitveranstaltern. Das Sozialforum steht in der Tradition der internationalen Sozialforumsbewegung und vereint Engagierte aus Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Initiativen in ihrem Einsatz für eine gerechte, solidarische und nachhaltige Entwicklung.



von: Marion Schick, Referat Arbeit & Soziales

Der Titel der Veranstaltung, „Operation düstere Zukunft 2.0? Unsere Alternativen: Soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und ökologische Verantwortung“, erinnerte an die 2003 vom damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch verordnete „Operation sichere Zukunft“, wodurch 1,03 Milliarden Euro im hessischen Haushalt insbesondere im sozialen Bereich eingespart wurden.

100 Tage nach dem Start der neuen Landesregierung stellte das Sozialforum 2014 die Frage, wie soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und ökologische Verantwortung angesichts leerer Kassen in Kommunen und Land erreicht werden können.

Der Soziologe Prof. Christoph Butterwegge wies am Vormittag in seinem einführenden Referat „Krise und Zukunft des Sozialstaats“ darauf hin, dass die Krisenursache nicht im Sozialstaat selbst, sondern im geltenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem begründet liegt. In den letzten Jahrzehnten wurde der Wohlfahrtsstaat mehr und mehr in einen nationalen Wettbewerbsstaat umgewandelt. Der aktive Sozialstaat wurde zum aktivierenden Sozialstaat, der von einem Menschenbild des passiven Leistungsempfängers ausgeht. Tatsächlich würden die Kosten auf die schwächsten Schultern verlagert und das Soziale in einem noch nie dagewesenen Maße dem Ökonomischen untergeordnet. Dies mache sich bei den Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, in der Tarifpolitik und bei einem immer härteren Vorgehen gegen Arbeitslose bemerkbar. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nähmen in Deutschland stark zu, mehr als jede/r vierte Beschäftigte sei heute durch

Kündigung oder Krankheit direkt von Armut bedroht. Diese gesellschaftliche Spaltung führt nach seiner Sicht zu einem Wohlfahrtsmarkt, in dem soziale Sicherheit erkaufte werden muss. Viele könnten sich diese Sicherheit jedoch nicht mehr leisten.

Nach seinem Vortrag wurde mit Experten und Expertinnen diskutiert und konkrete sozialpolitische Forderungen zu den Themen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Migration, ökologisch nachhaltige Regionalentwicklung sowie Wohnen erarbeitet.

Die Ergebnisse (vgl. Kasten) wurden im Anschluss des Forums von den Initiatoren zur Weiterarbeit an alle Mitgliedsorganisationen und zur Information an die hessische Politik (Fraktionen und sozialpolitische Sprecher) verschickt.

Am 11. Juli 2015 beschäftigt sich das Hessische Sozialforum im Haus am Dom in Frankfurt mit dem Thema „Gut leben in Hessen“. Hauptreferentin wird Professorin Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann, die Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, sein. ■

FORDERUNGEN VOM HESSISCHEN SOZIALFORUM AN DIE HESSISCHE LANDESREGIERUNG

ARBEIT:

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung ein Tariftrue- und Vergabegesetz, das einen Mindestlohn für alle, soziale und ökologische Qualitätsstandards, eine Fortbildungsquote sowie das Equal-Pay-Prinzip gewährleistet, und dessen Einhaltung kontrolliert wird.

BILDUNG:

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Überwindung der hohen sozialen Selektivität im Bildungswesen und die Sicherung eines umfassenden Rechts auf Bildung für alle durch eine angemessene Finanzierung anstelle zunehmender Ökonomisierung.

GESUNDHEIT:

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung, dass sie in Kooperation mit den Kommunen

regionale Fallkonferenzen einrichtet, mit dem Ziel der Transparenzmachung struktureller medizinischer Unterversorgung bestimmter Personengruppen sowie zur Entwicklung konkreter praktischer Versorgungslösungen.

NACHHALTIGE REGIONALENTWICKLUNG:

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung, das regionale Wertschöpfung fördert, ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist sowie den ÖPNV gezielt fördert und als Instrument der Daseinsvorsorge versteht.

MIGRATION UND FLÜCHTLINGE:

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung, dass Flüchtlinge von Anfang an integriert werden. Dazu gehören ein Unterbringungs-

konzept, Sprachkurse, die Anerkennung von Qualifikationen, sozialarbeiterische Betreuung sowie die Anbindung des Themas Flüchtlinge an das Integrationsministerium.

WOHNEN:

Wir fordern von der Hessischen Landesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der Mietsituation, wie die Erhöhung der Mittel für sozialen Wohnungsbau, die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende, die Wiedereinführung des Verbots der Zweckentfremdung sowie die Verbesserung des Mieterschutzes, insbesondere die Verhinderung einer Umlegung von Modernisierungskosten auf die Mieter.



Riese & Müller in Weiterstadt



Osthafen, Frankfurt

ARBEIT & SOZIALES



Wir machen Türen auf: Mobilität zukunftsfähig gestalten

Wie gestaltet sich zukünftig die Mobilität von uns Menschen und wie kommen die Waren zu den Kunden, das war das Thema der Betriebsbesuche 2014, die in diesem Jahr das Thema Mobilität ins Zentrum stellten. Gemeinsam mit den Fach- und Profilstellen **Gesellschaftliche Verantwortung und Bildung** wurden Besuche bei dem E-Bike-Hersteller Riese & Müller in Weiterstadt, der Odenwaldbahn in Michelstadt, GLS Logistik in Schaaflheim, dem Osthafen und Fraport in Frankfurt, ORION Bausysteme in Biebesheim und Heag Mobilo in Darmstadt organisiert.



von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales

Die Idee, dass sich Kirche mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen auseinandersetzt und sich z. B. für die Produktion von E-Bikes und deren Vermarktung interessiert, ist nicht selbstverständlich. So dachte die Geschäftsführung von Riese & Müller bei der Anfrage zunächst, dass die Besuchsgruppe auf der Suche nach Arbeitsplätzen für Arbeitssuchende sei. „Aber auch wir haben mit Klischees zu kämpfen“, so Kai Tkatzik, Pressesprecher beim E-Bike-Hersteller, „denn viele denken nach wie vor E-Bikes seien nur was für ‚alte‘ Menschen.“ Dem sei aber gar nicht so, denn im Gesamtkonzept von nachhaltiger Mobilität seien E-Bikes gerade auch für Berufstätige und Firmen eine sinnvolle Anschaffung. Er fahre täglich von Frankfurt nach Weiterstadt mit dem E-Bike zur Arbeit.

Nicht mit Rädern, sondern mit LKWs werden im Schaaflheimer GLS-Depot täglich über 100.000 Pakete umgeschlagen. Dabei rollen die Päckchen, einmal von Hand eingescannt, auf Förderbändern durch die fast menschenleere Depothalle, bis sie an einem der 178 Tore ankommen, an dem ein LKW-Anhänger bereit steht. Dort wird das Paket erneut gescannt, verladen und zum Bestimmungsort verfrachtet. Die Speditionen sind Subunternehmen, die im Auftrag der GLS die Waren zum Kunden bringen. Die Zusteller haften für die Pakete. Beim Betriebsbesuch wurde der Kreislauf einer Maschine deutlich: König Kunde erwartet zu jeder Zeit pünktlich die meist im Internet bestellte Ware. Der Druck auf die Mitarbeitenden, die täglich ihre Sprinter oder



GLS, Schaaflheim



Heag Mobilo, Darmstadt



LKWs beladen, wächst. Um die Pakete zeitnah zuzustellen arbeiten sie häufig so lange, bis der LKW leer ist. Geregelte Arbeitszeiten sind fast nicht möglich. Und da sie nicht pro Stunde, sondern pro Zustellung bezahlt werden, ist ihr Verdienst gering. „Dank Günter Wallraff“, so Distributions-Manager Wolfgang Dorn, „wird nun auch in der Logistik-Branche stärker auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter geachtet und Einfluss genommen auf die Subunternehmer.“

„Statt auf der Straße könnten heute viel mehr Waren auf dem Schiffsweg transportiert werden“, so argumentierte Bernd Fünkner, Leiter der Hafen- und Lagerlogistik von der Frankfurter Hafen GmbH. Er bemängelte, dass trotz guter CO₂-Bilanz der Binnenschifffahrt und des gut ausgebauten Hafennetzes in Deutschland diesem Transportweg im Gegensatz zum Straßenausbau in der politischen Diskussion kaum Beachtung geschenkt wird. Teuer hingegen sind die Lagerflächen in den Häfen und das führt zu einem negativen Nebeneffekt: „Für Containerbetreiber ist es oft billiger, leere Container zu bewegen, als sie im Hafen zu parken“, so Fünkner.

2001 als städtisches Tochterunternehmen werden die Gewinne dem städtischen Haushalt zugeführt. Mittlerweile ist die Vermietung und Verpachtung zum zentralen Einnahmefaktor der Hafen GmbH geworden. Auf dem gesamten Hafengebiet arbeiten über 8.000 Menschen in 110 unterschiedlichen Firmen.

Die Hafen GmbH ist ein eigenständiges Unternehmen mit ca. 100 Beschäftigten, das ohne städtische Zuschüsse für alle Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen, bis hin zur Hafenpolizei, selbst aufkommt. Seit der Gründung

„Die wirtschaftlichen Kennziffern des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) sehen da leider anders aus“, wie Silke Rautenberg, Leiterin Unternehmenskommunikation bei Heag Mobilo, den Besuchern beim Rundgang durch die Werkshallen erläuterte. In den letzten Jahren stiegen die Fahrgastzahlen zwar erfreulicherweise, nicht aber die Einnahmen. Ein Grund dafür liegt darin, dass Dauerkartenbesitzer den öffentlichen Nahverkehr häufiger nutzen. Stolz sei man in Darmstadt auf das Semesterticket, das hier konzipiert wurde und nun bundesweit zum Einsatz kommt. ■



ORION Baussysteme, Biebesheim



Odenwaldbahn, Michelstadt



Fraport, Frankfurt

Abstellgleis Minijob: Welche Weichen müssen gestellt werden?

Fast jedes sechste Beschäftigungsverhältnis auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist mittlerweile ein Minijob. Minijobs sind besonders bei Frauen (4,5 Mio.) ein willkommenes Zusatzeinkommen (siehe Kasten). Für Unternehmen sind sie eine gute Möglichkeit Arbeitskräfte mit geringen Sozialabgaben zu beschäftigen. Für viele der sieben Millionen Beschäftigten mit Minijob ist diese Beschäftigungsform kein Einstieg in reguläre, existenzsichernde Arbeit, sondern eine Sackgasse. Denn Untersuchungen belegen, dass eine Durchlässigkeit in reguläre, existenzsichernde Erwerbsarbeit kaum gelingt. Im Gegenteil: Der Boom der Minijobs in den letzten Jahren, seit 2003 stieg die Anzahl um eineinhalb Millionen, hat den prekären Beschäftigungssektor weiterhin zu Lasten regulärer Erwerbsarbeit ansteigen lassen.



von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales



Linkes Bild (v.l.n.r.): Christine Grothe, ver.di RLP, Petra Erbrath, Katholische Frauen Deutschland, Claudia Deeg, SWR, und Felix Harth, Kreishandwerksmeister Mainz-Bingen.

Ursula Groden-Kranich, CDU (l.) und Doris Barnett, SPD (r.)

Befragt man Frauen nach ihren Motiven für den Einstieg in einen Minijob, so werden Flexibilität, wenige Arbeitsstunden pro Woche und gute Vereinbarkeit von Job und Familie genannt. Fakt aber ist, dass der Minijob wegen der finanziellen Abhängigkeit vom Partner und der schlechten eigenständigen Absicherung sehr kritisch gesehen werden muss. Nicht zuletzt verhindern diese Jobs auch eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt.

Auch das politisch gewollte steuerliche Ehegattensplitting fördert indirekt die Aufnahme von Minijobs. Mit dem Ehegattensplitting wählen die weniger verdienenden Ehepartner (meist die Ehefrauen) häufig die Steuerklasse V, mit der das Einkommen überproportional hoch besteuert wird, damit dem Einkommen des

besserverdienenden Partners in Steuerklasse III weniger Steuern monatlich berechnet werden. Die Aufnahme einer regulären (Teilzeit-)Beschäftigung erscheint aufgrund der hohen Steuerabschläge zunächst finanziell unattraktiv und Minijobs gewinnen an Attraktivität, weil diese nur pauschal versteuert werden müssen.

Dem Staat entgehen Einnahmen für die Sozialversicherungssysteme, die Beschäftigten mit Minijobs erwerben kaum Sozialversicherungsansprüche, d. h. bei Arbeitslosigkeit erhalten sie kein Arbeitslosengeld, bei Renteneintritt kaum Rente. Die Armut im Alter ist vorprogrammiert.

Was muss politisch geändert werden, damit eine eigenständige Existenzsicherung, insbesondere für Frauen, gewährleistet werden kann?

Darauf sollten die neu gewählten Bundestagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung des Zentrums mit dem DGB Rheinland-Pfalz und der Katholischen Betriebsseelsorge in Mainz antworten. Gemeinsam mit Fachleuten aus Frauenverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite wurde geprüft, welche politischen Weichenstellungen hin zu regulärer Erwerbsarbeit eingeleitet werden müssen.

In der von der Rundfunkjournalistin Claudia Deeg moderierten Gesprächsrunde waren sich alle einig in der Forderung, den Missbrauch von Minijobs bekämpfen zu wollen. Die Unterschiede wurden erkennbar in Zusammenhang mit der Frage, was als Missbrauch anzusehen sei: Die CDU-

Abgeordnete Ursula Groden-Kranich hielt eine Quote für den Anteil geringfügig Beschäftigter in Firmen für denkbar. Zugleich sprach sie sich ebenso wie ihre SPD-Kollegin Doris Barnett gegen eine pauschale Verurteilung geringfügiger Arbeitsverhältnisse aus.

Für eine Abschaffung sozialversicherungsfreier Arbeitsgelegenheiten machte sich hingegen der Linken-Politiker Alexander Ulrich stark. Unterstützung erhielt Ulrich für seine Forderung von Christine Gothe, Vertreterin der Gewerkschaft ver.di, und Petra Erbrath von der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), die sich für eine Abschaffung dieser Beschäftigungsform aussprachen.

Die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner bezeichnete die Arbeitsmarktreformen der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Rückblick als Fehler. Die Ausweitung der Minijobs habe viele Arbeitnehmer/innen gerade nicht in den regulären Arbeitsmarkt zurückgeführt.

Auch das Ehegattensplitting, so Rößner, begünstige diese Erwerbsform und gehöre abgeschafft. Dies sei aber politisch wahrscheinlich nicht durchsetzbar.

Zimmermeister Felix Harth aus Ingelheim brachte es auf den Punkt: Für ihn

seien in seiner Innung Minijobber keine Alternative. Die Handwerksbetriebe brauchen gute Leute, die dauerhaft und vor allem länger als zwölf Stunden pro Woche arbeiten. Diese können und wollen sie nicht durch 450-Euro-Jobber ersetzen. ■

EINE MINIJOBBERIN BERICHTET:

Maria K., 44 Jahre alt, gelernte Industriekauffrau:

1992 habe ich geheiratet. Als dann 1994 unser gemeinsamer Sohn Paul auf die Welt kam, war für mich klar, dass ich erstmal zu Hause bleibe und meinen Beruf unterbreche. Hinzu kam, dass meinem Mann die Leitung einer Bankfiliale in Bingen angeboten wurde und wir von Kaiserslautern nach Bingen umgezogen sind. Mein ehemaliger Chef hat mich zwar immer wieder gefragt, ob ich wieder in die Firma zurückkomme, aber durch den Umzug lohnte sich für mich die

weite Fahrt von Bingen nach Kaiserslautern nicht. Und außerdem hatte ich mir ausgerechnet, dass ich bei einer halben Stelle mit Steuerklasse V nur ca. 500 DM rausbekommen hätte, das lohnte den Aufwand doch gar nicht, zumal ich auch über meinen Mann krankenversichert war.

Als unser Sohn älter war, suchte die Bäckerei im Ort eine Aushilfe. Das kam für mich genau richtig, so konnte ich etwas dazuverdienen, kam aus dem Haus und hatte Zeit für unseren Sohn, wenn er aus der Schule kam. Alles war also prima.

Aber dann scheiterte unsere Ehe. Seit zwei Jahren bin ich nun geschieden und stehe vor dem Nichts.

Unser Sohn ist ausgezogen und studiert jetzt in Mainz. Laut den neusten Regelungen im Unterhaltsgesetz muss ich nun selber für meinen Unterhalt aufkommen. Doch wie soll das gehen? Aus meinem ursprünglichen Beruf bin ich draußen und als Aushilfe einen Job zu finden, von dem ich leben kann, ist fast unmöglich.

ARBEIT & SOZIALES

5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt: Evangelische Kirchengemeinden und Bäckereien Hand in Hand für eine gute Sache



Zum Erntedanktag 2014 startete auch in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) die bundesweite Aktion „5.000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“.

von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik



Vor zwei Jahren fand die Aktion auf Initiative der EKHN und der EKKW zum ersten Mal und zunächst nur in diesen beiden Landeskirchen statt. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung war durch Siegfried Schwarzer maßgeblich an dieser Premiere beteiligt. Aufgrund des großen Erfolges wurde aus dieser regional begrenzten Idee eine bundesweite Kampagne entwickelt, an der sich alle Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zwischen Oktober und Dezember mit zahlreichen Konfirmandengruppen beteiligten.

In der EKHN nahmen über 2.000 hessische und rheinland-pfälzische Konfir-

mandinnen und Konfirmanden teil. Sie backten gemeinsam mit Bäckerinnen und Bäckern in ihrer Region Brote, die im Anschluss an den Erntedankgottesdienst oder einen anderen Gottesdienst gegen eine Spende abgegeben wurden. Der Erlös ging an drei Kinder- und Jugendprojekte in Bogotá (Kolumbien), Dhaka (Bangladesch) und Kumasi (Ghana).

Pfarrerin Ulrike Scherf, die Stellvertreterin des Kirchenpräsidenten der EKHN, und Kai Schröter in Vertretung für seinen Vater, den stellvertretenden Innungsmeister des Bäckerinnungsverbandes Hessen, Hans-Hermann Schröer, eröffneten für das Gebiet der EKHN die Aktion im Rahmen eines zentralen Gottesdienstes am Sonntag, dem 28. September 2014, in der Marktkirche in Wiesbaden.

Im Gottesdienst wurde durch die gemeinsame Teilnahme von Konfirmanden, Vertretern des Handwerks und der Kirche anschaulich, warum die Kooperation von Kirchengemeinden und Bäckereihandwerk eine bereichernde Erfahrung für alle Beteiligten ist:

Die Konfirmandinnen und Konfirmanden kommen nicht beim Bäcker vorbei und holen sich eine Brotspende ab, die sie zugunsten eines guten Zwecks weiter verkaufen können. Diesmal ist alles

ganz anders. Sie arbeiten gemeinsam mit dem Bäcker. Er leitet sie an und lässt sie Anteil nehmen an seinem handwerklichen Können.

Was sonst kaum einer sieht und schätzt, wird von den Konfirmandinnen und Konfirmanden direkt erlebt. Brot ist nicht einfach da und kann verzehrt werden, sondern ist das Ergebnis eines handwerklichen Prozesses, der Kenntnisse und Geschick, Genauigkeit und Geduld und vor allem Liebe zur Sache benötigt. Die Konfirmandinnen und Kon-



firmanden erleben an sich selbst den Stolz, den es mit sich bringt, wenn man etwas für andere herstellen kann.

Brot wird damit für sie zu einem Produkt, über das es mehr zu wissen gibt, als nur die Frage nach dem Preis und wo es am günstigsten zu kaufen ist. Sie können ihren Eltern und anderen davon erzählen, wovon die Qualität eines Brotes abhängig ist und unter welchen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen heutzutage Brot hergestellt wird, weil

viele Menschen all das gar nicht mehr wissen und wertzuschätzen verstehen.

Ob die Aktion 5.000 Brote auch weiterhin als regelmäßige bundesweite Aktion durchgeführt werden wird – und vielleicht sogar als ökumenisches Projekt –, ist derzeit noch offen.

Die Umsetzung der Idee in einer Kirchengemeinde ist davon aber gar nicht abhängig. Auch ohne einen solchen Rahmen lassen sich Kooperationen von Kirchengemeinden mit Bäckern sehr gut durchführen. Und es lassen sich dabei durchaus auch Abwandlungen der Grundidee vorstellen. Entweder indem man das Projekt nicht als Kooperation einer Bäckerei mit einer Konfirmandengruppe durchführt, sondern mit einer anderen Gruppe – durchaus auch mit Erwachsenen. Oder indem ein anderes Handwerk mit einer Konfirmandengruppe zusammenarbeitet – eine Metzgerei oder ein Weingut, ein landwirtschaftlicher Betrieb oder eine Gärtnerei. Je nach den lokalen Gegebenheiten ist sicherlich vieles denkbar. Man muss nur den ersten Schritt aufeinander zugehen und schon geht vieles, das man vorher nicht für möglich hielt.

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung ist dabei gerne behilflich. ■





Dr. Hubert Meisinger, ZGV (l.), und Maria Schaad, Merck, stellen die Ergebnisse und Positionen des Vorbereitungsworkshops den Besuchern des Kongresses vor.

UMWELT & DIGITALE WELT

Da stimmt die Chemie: Nachhaltigkeitskongress der Firma Merck in Darmstadt

Das Thema „Nachhaltigkeit“ ist in der Industrie angekommen – das zeigen die Geschäftsberichte zahlreicher Unternehmen, in denen dieses Stichwort nicht mehr nur im Sinne einer langfristigen Unternehmensperspektive auftaucht, sondern auch als eine Auseinandersetzung damit, wie ökonomische, ökologische und soziale Faktoren im Unternehmen in Beziehung gesetzt werden. Allerdings orientieren sich diese Berichte allzu oft an einem Verständnis von Nachhaltigkeit, bei der die ökonomische Perspektive im Vordergrund steht.



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt, und Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik

Über diesen Horizont der „Nachhaltigkeit“ hinaus zu blicken war und ist Anliegen des Dialogprozesses „Darmstadt stimmt die Chemie“, zu dem der Darmstädter Pharmakonzern Merck im Jahre 2014 Vertreter/innen der Chemie-Tarifpartner und der Zivilgesellschaft (Politik, Wissenschaft und Kirche) eingeladen hat. In einem Expertinnen- und Expertenworkshop zum Thema „Wachstum und Nachhaltigkeit“, vertraten Dr. Brigitte Bertelmann, Referat

Wirtschaft & Finanzpolitik, und Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt die EKHN.

Das ZGV ging mit folgenden Thesen in die Diskussion:

1. Der Weg zur Nachhaltigkeit ist untrennbar mit der Frage nach Gerechtigkeit verbunden. Eine „Kultur der Nachhaltigkeit“ umfasst also sowohl die gleichwertige Berücksichtigung der Bedürfnisse von

gegenwärtigen und künftigen Generationen, wie auch den Ausgleich innerhalb der Generationen auf nationaler Ebene (Energiearmut) und auf internationaler Ebene (Recht auf aufholende Entwicklung der ärmsten Länder).

2. Angesichts globaler Klimaveränderungen mehren sich Stimmen, die der Ökologie aufgrund der begrenzten Biokapazität des Planeten Erde einen Vorrang gegenüber den veränderlich zu ge-

staltenden Aspekten der Ökonomie und des Sozialen einräumen. Dies kann durch eine konstruktive Beziehung des Nachhaltigkeitsdreiecks mit der Trias Gerechtigkeit/Frieden/Bewahrung der Schöpfung bestärkt werden.

3. Wirtschaftliches Wachstum ist da zu Ende, wo die Erhaltung der Schöpfung nicht mehr gewährleistet ist. Gemessen allein an der Größe und Entwicklung des BIP ist Wachstum unterkomplex und in seiner Aussagekraft in Bezug auf Wohlstand und „gutes Leben“ beschränkt. Es hat als Zielgröße von politischem und wirtschaftlichem Handeln vielfach zu

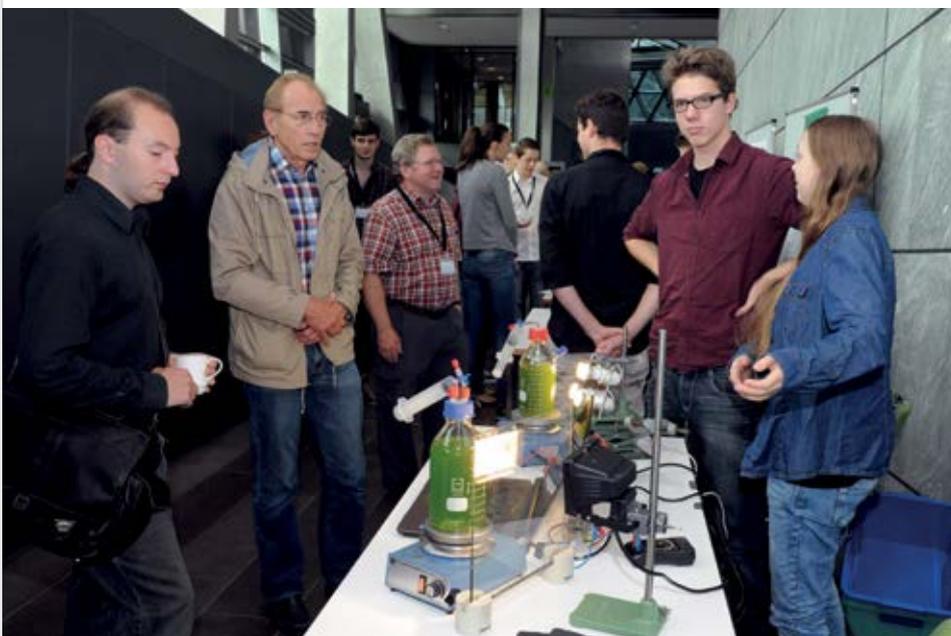
Fehlentwicklungen und Fehlallokation geführt und ist daher nicht geeignet, als primäre Grundlage von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

4. Wachstum kann im Gegensatz zu Wohlstand kein „Wert an sich sein“. Wirtschaftliches Wachstum muss, solange die Entkopplung von Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Internalisierung der damit verbundenen ökologischen und sozialen Kosten nicht gelingt, dem Nachhaltigkeitsziel untergeordnet werden. Wir müssen Wachstum begrenzen, um Wachstum möglich zu machen.

Es blieb nicht bei einem einfachen Nebeneinander der Positionen, sondern es gab begründete Übereinstimmungen, ebenso wie bleibende Unterschiede. Am Beispiel des 3-Säulen-Modells der Nachhaltigkeit kann das verdeutlicht werden. Während alle Expertinnen und Experten gleich welcher Herkunft dieses Modell mit seinen Wechselbeziehungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten als grundlegend anerkannten, gab es bei der Frage der Priorisierung der Aspekte unterschiedliche Meinungen.

Das Anliegen des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung, auf die grundlegende Bedeutung des ökologischen Aspektes hinzuweisen, wurde zwar von einigen Vertretern der Wissenschaft, nicht aber von allen Vertretern der Politik und der Wirtschaft geteilt. Bei letzteren spielte die Ökonomie eine vorherrschende Rolle. Unter der Überschrift „Deutschland braucht die Chemie. Nachhaltigkeit – Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand?“ wurden auf dem Kongress außerdem politische Impulse durch MdB Brigitte Zypries, MdB Patricia Lips und MdB Jürgen Trittin mit wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Anliegen konfrontiert. In Bezug auf die Frage nach der Verantwortung der Wirtschaft mit Blick auf das Thema Nachhaltigkeit wurde deutlich, dass hier zwischen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kriterien klarer zu unterscheiden ist. „Die Wirtschaft“ ist kein einzelner Akteur sondern eine große Zahl höchst unterschiedlicher Unternehmen, die in komplexen Wettbewerbsbeziehungen stehen. Die Frage nach der Verantwortung der Wirtschaft wirft daher grundsätzliche Fragen nach der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und deren mittel- und langfristigen Interessen auf und nach den Prozessen und Institutionen, die notwendig sind, um dafür verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ein kleiner Höhepunkt war die Auszeichnung einer Gruppe des Gymnasiums Michelstadt im Odenwald, die in Kurzumtriebsplantagen ein bisher unbeachtetes Potenzial zur alternativen Energieerzeugung im ländlichen Raum entdeckt und damit einen Schülerwettbewerb gewonnen hatten. ■



Schülerinnen und Schüler zeigen ihre Entwicklungen zur alternativen Energieerzeugung.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Expertenworkshops.





UMWELT & DIGITALE WELT

Staunen, forschen, handeln: Der Schöpfungstag auf der Landesgartenschau in Gießen



„Es hat alles gepasst“ – am Schöpfungstag im September auf der Landesgartenschau in Gießen. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Hessen-Rhein Hessen unter Federführung von Evangelischer Kirche in Hessen und Nassau und Bistum Mainz schufen einen einladenden Rahmen, um Menschen das Schöpfungsthema nahe zu bringen.



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt

Es hat alles gepasst“ – am Schöpfungstag selbst lockten Sonne und schönes Wetter nach grauen Tagen viele Menschen nicht nur auf die Landesgartenschau, sondern auch an die LichtKirche. Dort stand dieser Tag unter dem Motto „Über Reste“, das bereits in den Mittagsgedanken von Pfarrer Dr. Hubert Meisinger aufgegriffen wurde. An verschiedenen Tischen konnten Gäste anschließend Papierhüte basteln, kreativ mit Stoffresten und auf der Landesgartenschau geschnittenen Grünabfällen arbeiten oder sich durch den Videoclip „Zu gut für die Tonne“ über Möglichkeiten informieren, wie aus dem, was im Kühlschrank übrig bleibt, leckere Gerichte gezaubert werden können. Prof. Dr. Albrecht Beutelspacher, Initiator des Mathematikums in Gießen, lud mit einem Vortrag unter der Überschrift „6+1=7.

Warum sechs Tage nicht ausreichen“ dazu ein, Zahlenmystik und christliche Schöpfungsgedanken miteinander in Beziehung zu setzen. Der ökumenische Schöpfungsgottesdienst selbst stand unter der bundesweiten Überschrift „Staunen – Forschen – Handeln. Gemeinsam im Dienst der Schöpfung“ und nahm die Verantwortung sowohl von Kirchen als auch Naturwissenschaften für die Bewahrung der Schöpfung in den Blick. Pater Arsenios von der Griechisch-Orthodoxen Gemeinde Gießen-Wetzlar hielt die Liturgie, Generalvikar Prälat Dietmar Giebelmann, Bistum Mainz, und Propst Matthias Schmidt, EKHN, blickten in ihren Ansprachen auf das Staunen und das Forschen aus christlicher Perspektive – das Handeln, das kreative Gestalten, zu dem Carl Hecker, Superintendent der Evangelisch-methodistischen Kirche und

Vorstandsmitglied der ACK Hessen-Rhein Hessen, im Gottesdienst selbst einlud, fand dabei den ganzen Tag über statt. Der gutbesuchte Gottesdienst wurde von ParaVos begleitet, einem Saxophon-Quartett junger Musikstudierender.

„Es hat alles gepasst“ – das hat auch die ACK Deutschland wahrgenommen und angefragt, die bundesweite Feier des ökumenischen Schöpfungstages im Jahre 2016 in Kooperation mit der ACK Hessen-Rhein Hessen unter Federführung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und dem Bistum Mainz auszu-tragen. Erste Gespräche dazu haben schon stattgefunden – alle Beteiligten freuen sich auf eine kreative Vorbereitungszeit für einen Tag, der Menschen erneut dazu anregen wird/soll, über ihre Rolle in Gottes Schöpfung nachzudenken und ihren Lebensstil nachhaltig zu verändern. Auch das „passt“ – ein immer neues spirituell-gottesdienstliches „auf geht's“, den Wandel zu gestalten, der unseren Planeten ein weiterhin lebenswertes Fleckchen Erde für uns und nachfolgende Generationen sein lassen kann. ■



EIN NOCH JUNGER GEDENKTAG

Seit 2011 feiern Christinnen und Christen in Hessen und Rhein Hessen am ersten Freitag im September den Tag der Schöpfung. Er markiert den Beginn der „Schöpfungszeit“, die bis zum 4. Oktober dauert. Alle Gemeinden sind aufgerufen, diese Zeit mit Gottesdiensten, Aktionen und Projekten zum Thema „Schöpfung bewahren“ zu gestalten. Eine Reihe von Empfehlungen dafür sowie weitere Informationen zum Tag findet man unter www.schoepfungstag-hessen.de. Der noch junge Gedenktage wurde im Rahmen des Ökumenischen Kirchentages 2010 in München ausgerufen.



UMWELT & DIGITALE WELT

Datenschutz: Hausfriedensbruch mit Zustimmung?

Heutzutage wird scheinbar alles immer smarter. Das smarte Phone, TV, die smarte Uhr und bald auch unser smartes Heim?

Das Internet der kleinen Dinge verspricht smartere Alltagsgegenstände, die unser Leben erleichtern sollen.



von: Michael Grunewald, Referat Umwelt & Digitale Welt

Auch wenn die Nutzung digitaler Medien in Deutschland inzwischen zum Alltag gehört, haben wir nicht erst seit den Enthüllungen durch Edward Snowden eine Ahnung davon, dass wir über verschiedene Technologien nicht nur Empfänger, sondern auch Sender von Daten sind. Das meiste davon findet dabei mit unserem Einverständnis statt. Zumindest auf dem Papier.

Wie sieht es aber mit Nutzungsbestimmungen aus, denen wir zustimmen müssen, um beispielsweise das Smart-TV zu verwenden? Welche Daten sendet das Smartphone hinter unserem Rücken? Wer hat welches Interesse an unseren Daten?

Gerätebezogene Datenwolken

Die Stiftung Warentest findet immer wieder heraus, dass Daten versendet werden, ohne dass die Nutzer darüber Bescheid wissen. Hinter der Abkürzung HbbTV, das die Technik der Datenübertragung zwischen TV und Programmanbieter kennzeichnet, verbirgt sich ein Zugang zu dem Nutzungsverhalten der Fernsehzuschauer. Auch wenn die Firmen bislang einhellig versichern, dass keine personenbezogenen Daten über-

mittelt werden, so ist es von der Übermittlung gerätebezogener Daten hin zu personenbezogenen Daten nur noch eine Frage der Zeit.

Personenbezogene Datenwolken

Smarte Armbänder gehen da noch weiter. Hier ist die Personalisierung Programm. Es werden Gesundheitsdaten realer Menschen gesammelt. An diesen Daten haben dann nicht nur die freiwilligen Nutzer Interesse, auch die Krankenkassen und Unternehmen der Gesundheitsbranche zeigen Interesse. Begünstigt wird die freiwillige Vermessung des Menschen durch die Möglichkeit, seine Daten über soziale Netzwerke zu verbreiten, da das Sammeln von „Erfolgen der Selbstvermessung“ motivierend wirken kann.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die sich auf ihrer Herbstsynode 2014 in Dresden erstmalig mit dem Thema beschäftigt hat, stellt in ihrer abschließenden Kundgebung fest:

„Teilhabe in der digitalen Gesellschaft berührt grundsätzlich Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit. Für die evangelische Kirche stehen dabei der Mensch, seine Freiheit, Autonomie und

Schutzbedürftigkeit im Mittelpunkt. Durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche entstehen bei privaten und staatlichen Akteuren derart große Mengen an Daten, dass durch neue Sammel- und Auswertungsverfahren eine Überwachung, Manipulation, Diskriminierung und Ausbeutung von Menschen möglich ist. Der Mensch droht auf die über ihn verfügbaren Daten reduziert zu werden. Als evangelische Kirche erinnern wir an das bleibende Geheimnis, das dem Menschen als Geschöpf Gottes zukommt.

Die aktuellen Diskussionen über die Kommerzialisierung sämtlicher Lebensvollzüge, die Macht von Unternehmen und die unzureichende demokratische Kontrolle machen ebenso wie die Enthüllungen zur Überwachungspraxis von Staaten deutlich, dass das Internet kein herrschaftsfreier Raum ist.“*

Die Bewertung dessen, was mit den gesammelten Daten möglich ist, ist sehr unterschiedlich. Die wohl harmloseste Nutzung kann die Personalisierung von Daten zum Zwecke der Werbung sein, denn hier besteht die Möglichkeit, dieser Kaufempfehlung zu widerstehen. Höchst problematisch wird es, wenn Datensammlungen zur Machtausübung genutzt werden, wie dies beispielsweise bei der Antinazi-Demonstration am 19. Februar 2011 der Fall war. Dort wurden, wie ein Gericht später feststellte, rechtswidrig massenhaft Funkzellendaten ausgewertet.

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung nimmt sich des Themas in verschiedener Weise an. Im Rahmen von Veranstaltungen wie dem „Fachtag Medien“ oder der Fortbildung „Datenschutz – Hausfriedensbruch mit Zustimmung?“ werden zielgruppenspezifische Informationen zum Thema angeboten. Gleichzeitig stellt sich das Referat „Umwelt & Digitale Welt“ der Herausforderung, die sich rasant entwickelnde digitale Welt zu beobachten, zu beschreiben und Position zu beziehen.

Neben individuellen Handlungsempfehlungen wie beispielsweise Datensparsamkeit, sind gesellschaftliche Regelungen nötig, die die informationelle Selbstbestimmung von Menschen gewährleisten. ■

* Aus: Kundgebung: Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft, Dresden, November 2014 (http://www.ekd.de/download/s14_iv_4_kundgebung_schwerpunktthema%281%29.pdf)



LÄNDLICHER RAUM

Kleiner Aufwand – große Wirkung: Bunte Aktionskiste für Kirchengruppen



Häufig werden Diskurse über eine nachhaltige Entwicklung eher theoretisch-abstrakt geführt. Zwischen dem Ist-Zustand und der Vision einer tatsächlich nachhaltigen Gesellschaft klafft eine derartig gewaltige Lücke, dass dies zu Lähmung führen kann. Um Menschen für den Grundgedanken der Nachhaltigkeit zu begeistern, sind jedoch kleine, machbare Schritte aufzuzeigen. Das entspricht auch den Erkenntnissen der Psychologie: Mit Erfolg konkretes tun motiviert zu anschließenden weiteren Schritten.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum

Für das Jahr 2014 bot das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) deshalb eine sogenannte Aktionskiste an. Darin wird eine Auswahl an verschiedenen Aktionsformen für Einrichtungen und Gruppen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau beschrieben. Mit der Aktionskiste sollen Herz, Hand und Verstand gleichermaßen angesprochen werden. Alle Angebote sind so konzipiert, dass ein positiver ökologischer Effekt sowie ein fröhliches Gemeinschaftserlebnis entstehen können.

Für die Durchführung dieser Aktionen konnte jede Gruppe maximal 100 Euro für Material erhalten. Durch die ZGV-Projektleitung wurde bei Bedarf eine intensive Fachberatung und Versorgung mit

Bezugsadressen und Bauanleitungen angeboten. Die Arbeit leisteten die Kirchengruppen selber. Insgesamt beteiligten sich 30 Gruppen an der Aktion.

Einige Beispiele:

Das Anlegen von einjähriger **Bienenweide** dient den Insekten als Nahrungsquelle und bietet schöne, vielfältige Blühbestände. Viele Kitas und Gemeinden legten entsprechende Beete an. Eine Kirchengemeinde verteilte nach dem Ostergottesdienst dutzendweise kleine Samentütchen mit Bienenweidemischungen für die Hausgärten im Dorf. Vor der Kirche wurde eine Bienenweidefläche angelegt. Im Sommer folgte ein Bienen-

Familiengottesdienst in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Imkerverein.

Das Aufhängen von **Nistkästen** auf Kirchen- bzw. Kita-Geländen sowie das Einrichten von Vogel- und Eichhörnchenfütterstellen war ebenfalls beliebt. Für Fragen rund um die Auswahl sinnvoller Vogelnistkästen stand dankenswerterweise der Naturschutzbund (NABU) zur Verfügung.

Das Pflanzen von mehrjährigen **Schmetterlingsbüschen** fand ebenfalls auf Kirchen- bzw. Kita-Geländen statt. Schmetterlingsbüsche locken während des ganzen Sommers Schmetterlinge an, so dass mit der Pflanze ein ästhetisches Erlebnis für Jung und Alt verbunden ist.



Einzelne Kirchengemeinden besorgten sich jedoch lieber Blumenzwiebeln für die Anlage von **Frühlüherbeeten**, um eine Blühücke im Jahreslauf zu schließen.

Bei der Pflanzen-Auswahl wurde beachtet, dass für Kitas fehlende Toxizität und Kinderfreundlichkeit entscheidend sind. Im Dialog mit den Kitas wurde das Angebot der Aktionskiste noch um **Kräuter** und **Naschpflanzen** wie Obststräucher erweitert.

Der Bau von **Insektenhotels** durch Pfadfinder-, Konfi- oder Spielegruppen wurde ebenfalls gut angenommen. Beim Sammeln von Zapfen im Wald, Bohren von Löchern in Pflanzenstängel oder Errichten des Holzrahmens können unterschiedliche Fähigkeiten eingebracht werden.

Pläne für **Marmeladekochen** aus sonst nicht genutztem Obst bestehen bei mehreren EKHN-Einrichtungen. Wegen plau-

sibler Übereinstimmung mit dem Grundanliegen der Aktionskiste wurde der Kauf von Werkzeugen für ein **EKHN-Repaircafe** sowie einer gemeinsamen **Bauernhof-freizeit** für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung mitfinanziert.

Durch die Bereitstellung von EKHN-Geldern in der Aktionskiste wurden offensichtlich Anreize zum zusätzlichen Einsatz von Eigenmitteln der Gruppen geboten. Der Maximalbeitrag von 100 Euro wurde nicht von allen Gruppen völlig ausgeschöpft.

Das Geld diente als Motivationspritze und als Anerkennung für die oft unterbewertete und mit Widerständen verbundene Umweltarbeit. Die Akteure berichteten von viel Spaß bei der Durchführung der Kleinprojekte. Diese positiven Erfahrungen bildeten einen schönen Kontrast dazu, dass der Begriff der Nachhaltigkeit oft mit Miesepetrigkeit und Verzicht verbunden wird. ■



Das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP): Mögliche Risiken für den Ernährungs- und Agrarsektor

Derzeit sind keine genauen Prognosen und Aussagen zu den Auswirkungen von TTIP auf den Ernährungs- und Agrarsektor der EU möglich. Mit USA und EU treffen jedoch stark unterschiedliche Agrarstrukturen und verschiedene Ernährungsphilosophien aufeinander. Das birgt erhöhte Risiken für die zukünftige EU-Landwirtschaft. (siehe auch S. 10)



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum

In Deutschland hat sich deshalb 2014 neben zahlreichen Nichtregierungsorganisationen auch die Agrarministerkonferenz kritisch zu den TTIP-Verhandlungen geäußert. Forderungen, den Agrarbereich aus den TTIP-Verhandlungen auszuklammern, scheiterten bisher u. a. am meinungsstarken Einspruch der US-amerikanischen Agrarlobby.

Bei der aktuellen Struktur der Warenexporte zwischen der EU und den USA dominieren die Industriegüter. Deshalb wird befürchtet, dass die Belange der Agrarwirtschaft bei den TTIP-Verhandlungen unzureichend Berücksichtigung finden.

Die öffentliche Kritik an TTIP richtet sich bei Agrarfragen vor allem dagegen, dass in jahrzehntelanger gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung erzielte Erfolge gefährdet werden könnten. Die EU-Standards beim Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz sind im Allgemeinen höher als in den USA. Aufgrund der geplanten „regulatorischen Kooperation“ bestünde die Gefahr, dass zukünftige Standard-Verschärfungen nicht mehr möglich wären.

Zudem basiert das US-amerikanische Agrarmodell auf Leitbildern der Agrarindustrie. Die Betriebsstrukturen sind entsprechend groß. Im vor- und nachgelagerten Bereich bestehen oft Oligopole, z. B. bei Saatgut, Getreidehandel, Tierhaltung. In der EU sind hingegen noch viele bäuerliche Familienbetriebe vorhan-

den. Es ist zu befürchten, dass die deutlich kleineren EU-Betriebe in direkter Konkurrenz zu den US-amerikanischen Großbetrieben keinerlei Überlebenschance hätten, da keine faire Wettbewerbssituation bestehen würde.

In der EU bzw. in den USA gibt es zudem ein sehr unterschiedliches Verständnis von Risiken für Verbraucher, Tiere und Umwelt. In der EU gilt das Vorsorgeprinzip – ein Grundpfeiler europäischen Rechts. Produzenten müssen einen gesicherten wissenschaftlichen Beweis für die Ungefährlichkeit ihrer Produkte vorlegen. Es findet eine ständige Verbesserung des Systems statt.

Der Staat ist für die Lebensmittelsicherheit zuständig.

Ganz anders in den USA: Es herrscht das Nachsorgeprinzip. Ein Produkt gilt so lange als ungefährlich, bis seine Schädlichkeit wissenschaftlich erwiesen ist. Die Beweislast dafür liegt bei den Behörden. Der Markt soll die Mindest-Lebensmittelqualität garantieren.

Dies führt zu grundlegenden Unterschieden bei Hygiene- und Sicherheitsanforderungen bei Lebensmitteln. In den USA sind z. B. Tausende von Chemikalien zugelassen, die in der EU strikt verboten sind. Dazu zählen z. B. Pflanzenschutzmittel. In den USA ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) bei den Hauptkulturen längst Standard. Eine GVO-Kennzeichnung existiert nicht. In der EU wird hingegen auf nur sehr geringer Fläche GVO angebaut. Es besteht eine GVO-Kennzeichnungspflicht. Während für Europäer die GVO-Kennzeichnung ein Ausdruck für Verbraucherinformation und -freiheit ist, sieht die USA darin eine nicht-tarifäre Handelsdiskriminierung. Ähnliche große Diskrepanzen bestehen in Bezug auf Biopatente, Klonierung von Zuchtieren, regionale Ursprungskennzeichnung, Chlorierung von Hühnerfleisch, Einsatz von (nicht-)hormonellen Wachstumsförderern bei Milch- und Fleisch-erzeugung, Tierschutzstandards in der Nutztierhaltung. Problematisch kann TTIP für Landwirtschaftsexporte von Entwicklungsländern sein. ■





LÄNDLICHER RAUM

Die EU-Agrarreform: Umsetzung in Hessen und Rheinland-Pfalz

Am 1. Januar 2014 begann die neue EU-Agrarförderperiode 2014 – 2020. Nach umfangreichen agrarpolitischen Diskussionen auf EU- und Bundesebene stand nun die Frage der konkreten Umsetzung der EU-Reformen in den Bundesländern an.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Ländlicher Raum

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) vertritt seit 2006 in den Begleitausschüssen des „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)“ die Evangelischen Landeskirchen in Hessen und Rheinland-Pfalz (RLP). In den Begleitausschüssen sind zahlreiche Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspartner sowie Vertreter öffentlicher Körperschaften vertreten. Dort wurden im Jahr 2014 mehrere agrarpolitische Themen bearbeitet.

Das Regionalentwicklungsprogramm LEADER

Im Gebiet der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau existieren 13 LEADER-Regionen, deren Gebietszuschnitt sich u. a. an naturräumlichen Kriterien ausrichtet. Für die neue Förderperiode 2014 bis 2020 mussten die LEADER-Regionen neue Regionale Entwicklungskonzepte (REK) als Förder Voraussetzung erstellen. Bestandteil der REKs sind intensive Analysen der Stärken und Schwächen sowie der Chancen und Gefahren (SWOT) der jeweiligen LEADER-Region.

Frühzeitig wurden die EKHN-Dekanate und regionalen diakonischen Werke

auf das Programm hingewiesen, mit der Bitte, sich an der Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte zu beteiligen, um kirchliche und diakonische Anliegen einzubringen. Da die EU neue Entwicklungsziele wie z. B. die Armutsbekämpfung auf dem Land vorsieht, könnten sich für Dekanate und Diakonie neue Schnittstellen und Kooperationen ergeben. Zudem könnten sich die Dekanate enger mit den lokalen Akteuren der Regionalentwicklung vernetzen. Einzelne Dekanate beteiligen sich bereits jahrelang erfolgreich bei LEADER und profitieren davon. Im Jahr 2014 kamen weitere Dekanate dazu.

Rheinland-Pfalz

Oft sind Kirche und Wohlfahrtsverbände als potentielle Kooperationspartner der ländlichen Entwicklung nicht im Blick der etablierten LEADER-Akteure. Daher nutzte das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung die Gelegenheit, bei einer zentralen Schulung des rheinland-pfälzischen Agrarministeriums für die LEADER-Gruppen, Fördermöglichkeiten für Umwelt- und Sozialbelange aufzuzeigen. Im Kontext der EU-Agrarreform kam es weiterhin zu einem Gespräch mit der rhein-

land-pfälzischen Agrarministerin Ulrike Höfken über die Verankerung von Umweltzielen im Rahmen der neuen Agrarpolitik in Rheinland-Pfalz.

Frauenförderung im ländlichen Raum in Hessen

Unter Beteiligung des ZGV versuchten mehrere Institutionen aus dem Begleitausschuss ein spezielles Frauenförderprogramm in Hessen im Rahmen von ELER auf den Weg zu bringen. Frauen spielen in ländlichen Räumen eine außerordentlich wichtige Rolle in Bezug auf die soziale Bewältigung des demografischen Wandels, z. B. bei der häuslichen Pflege oder dem breiten ehrenamtlichen Engagement. Durch Geburtenrückgang und Wegzug lösen sich jedoch auch auf dem Land die traditionellen Familienhilfssysteme auf. Gleichzeitig leiden insbesondere Frauen im Alltag unter den Infrastrukturdefiziten ländlicher Regionen. So ist z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch lange Fahrwege wesentlich schwieriger als in Städten. Dezentrale Arbeitsplätze für hoch qualifizierte jüngere Frauen sind Mangelware. In ländlichen Gremien der Kommunalpolitik sind Frauen stark unterrepräsentiert.

Trotz intensiver Verhandlungen im Hessischen Agrarministerium konnte zwar kein eigenes Frauen-Programm in ELER etabliert werden. Für 2015 ist jedoch eine zentrale Frauen-Tagung geplant. Voraussichtliche Kooperationspartner sind das Hessische Agrarministerium, der Hessischer Landfrauenverband, die Landesarbeitsgemeinschaft der Hessischen Frauenbeauftragten, der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen, die EKHN, die EKKW sowie die Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e. V. ■

INFORMATIONEN ÜBER DIE FÖRDERPROGRAMME:

ELER in Rheinland-Pfalz:

www.eler-paul.rlp.de

EPLR in Hessen:

umweltministerium.hessen.de/landwirtschaft/laendlicher-raum/foerderung-der-entwicklung-des-laendlichen-raums/eplr-2014-2020



LÄNDLICHER RAUM

Erebtte Wunden: Fachtag zur generationenübergreifenden Traumatisierung

In Beratungsgesprächen stieß ich immer wieder auf Familiengeschichten, die mit Krieg und NS-Zeit zu tun hatten. Oft waren es die traumatischen Erfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration, die die Ratsuchenden nicht losließen – oder auch diffuse, lähmende Schuldgefühle, die sie sich nicht erklären konnten.



von: Pfarrerin Ellen Simon, Landwirtschaftliche Familienberatung Rheinhessen

Im Mai 2014 fand im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung eine Fortbildung zum Thema „Psychische Auswirkungen traumatisierender Erfahrungen auf nachfolgende Generationen“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Seelsorge- und Beratungseinrichtungen statt.

Mit aktuellen Fotos aus den Kriegsgebieten begann Dr. Marianne Rauwald, Leiterin des Instituts für Traumabearbeitung und Weiterbildung in Frankfurt, ihren Vortrag. Sie verfügt nicht nur über ein profundes Wissen über die aktuellen Ergebnisse der Traumaforschung, sondern auch über langjährige therapeutische Praxiserfahrung mit traumatisierten Menschen aller Generationen und vieler Kulturen.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde sofort bewusst: Das Trauma ist mitten unter uns. Hier und heute. Leibhaftig. Wenn wir in Gesichter von Flüchtlingen schauen. Oder wenn wir Soldaten begegnen, die in Afghanistan waren. Allgegenwärtig auch in den Medien. Körperliche und seelische Verwundungen. Tod. Hunger. Flucht. Vertreibung. Verluste

von nahen Menschen. Gewalt. Vergewaltigungen. Erschießungen. Todesangst. Schutzlosigkeit.

Beim Blick zurück zu den Generationen, die den zweiten Weltkrieg erlebt und überlebt haben, bemerkte Frau Dr. Rauwald: „Eltern geben an ihre Kinder Erfahrungen weiter, die sie selbst nicht bewältigen konnten – sei es aus persönlichen Gründen oder aufgrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die der bewussten Aufarbeitung der Traumata entgegen wirken. Und wenn wir uns mit transgenerationaler Weitergabe von Traumata beschäftigen, ist zentral, dass diese Übertragungen immer als Beziehungs- bzw. Bindungstrauma verstanden werden müssen.“

Ein wesentliches Merkmal dafür, dass extreme traumatische Erfahrungen an die nächste Generation weitergegeben werden, ist der Zusammenbruch der psychischen Grenzen zwischen den Generationen. Es entstehen pathologische Beziehungen. Die führende französische

Psychoanalytikerin Janine Chasseguet-Smirgel beschreibt den Prozess so: „Häufig wurde das Kind von den Eltern unbewusst als ‚Container‘ für ihr fragmentiertes Selbst und ihr Leid benutzt. Somit ist die Wahrnehmung der Gegenwart durch die Hüllen einer Vergangenheit deformiert, die nicht ihre eigene ist, sondern ihnen auferlegt wurde. [...] Die extreme Traumatisierung ist ein Phantom, das sich nicht abschütteln lässt. [...] Oft in einer sehr frühen Phase der kindlichen Entwicklung [...] nimmt das Kind die unverdaute traumatische Erfahrung der Eltern in sich auf. Die Kinder schreiben sich die im Bereich der unbewussten Phantasie erlebten Ereignisse selbst zu. Auf diese Weise verbindet Eltern und Kinder unbewusst die traumatische Erfahrung.“ Es kommt zu einer „Art globaler Identifizierung“ des Kindes mit dem verletzten Elternteil. So werden z. B. die „Trauer und die Schuldgefühle der Eltern zu denen des Kindes“.

Kinder neigen dann beispielsweise dazu, die elterliche Fürsorge zu übernehmen. ■



Die EcoCity auf dem Jugendkirchentag in Darmstadt.

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

EcoCity: Die klimafreundliche Modellstadt



Die Jugendwanderausstellung EcoCity war in diesem Jahr in allen Propsteien der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau unterwegs. Sie animiert Jugendliche, ihren Lebensstil auf den Prüfstand zu stellen, ihren Konsum zu hinterfragen und klimafreundliche Verhaltensalternativen zu entwickeln. Sie vermittelt die Erkenntnis, dass mit kleinen Schritten viel erreicht werden kann.



von: Rudi Imhof, Referat Umwelt & Digitale Welt, und Kristina Eifert, Referat Jugendpolitische Bildung

Das Interesse bei kirchlichen Gruppen und Schulen war groß. Mit Hilfe von vielen Kooperationspartnern konnten ca. 2.900 junge Menschen in der EcoCity begrüßt werden. 80 ehrenamtliche und 30 hauptamtliche Mitarbeiter der Evangelischen Jugendarbeit führten an den verschiedenen Orten durch die Ausstellung.

Besondere Höhepunkte waren die Jugendgottesdienste zur Eröffnung der Ausstellung in der Jugendkirche Wiesbaden und zum Abschluss im JugendkulturBahnhof Bleichenbach sowie die Ausstellungstage während der Vollversammlung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau im Kloster Höchst und des Jugendkirchentages in Darmstadt.

Die Besucherinnen und Besucher erlebten in einem geschichtlichen Rückblick, wie sich das Klima mit Beginn der Industrialisierung veränderte und welchen Anteil die Menschen daran haben. Faszinierende Naturbilder führten ihnen die Schöpfungs Vielfalt und ihre Bedrohung vor Augen.

Dann wurden sie selbst aktiv. Sie gestalteten ihre eigene EcoCity mit nachhaltigen Geschäften und Cafés. Im Kleiderladen untersuchten die Jugendlichen beispielsweise, welche Rohstoffe und Materialien zur Produktion von Jeans, T-Shirts und Jacken verwendet wurden, unter welchen Arbeitsbedingungen die Färber und Näherinnen arbeiten oder welche Transportwege die Kleidungsstücke zurücklegen. Auch über Alter-

nativen wie Tauschbörsen oder Second-Hand-Shops wurde nachgedacht.

Um Wasser- und Stromverbrauch, Lebensmittel und Mobilität ging es in weiteren Shops der EcoCity.

Es geht weiter

Im kommenden Jahr werden Jugendliche aus verschiedenen Dekanaten und Schulen in Workshops eigene Ideen für nachhaltige Geschäfte und Shops entwickeln, die als Module als „EcoCity 2.0“ gerne an interessierte Gruppen weitergegeben werden.

Ein erster Workshop fand bereits statt. 18 Jugendliche und junge Erwachsene entwickelten unter Anleitung von



Workshop „Nachhaltige Bank“ für die Ausstellung EcoCity.



Die EcoCity in der Evangelischen Kirche von Lich.



Dr. Christoph von Carlowitz, Leiter Vorstandsstab der GLS Bank, eine nachhaltige Bank für die EcoCity.

Für engagierte und interessierte ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Jugend, die in ihrer Region ein Projekt erarbeiten wollen, fand im Januar 2015 ein Planungsworkshop im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung statt. ■

WEITERE INFORMATIONEN:

Rudi Imhof: r.imhof@zgv.info
 Kristina Eifert: k.eifert@zgv.info
aufgehts.zgv.info/eco-city



In Reichelsheim stellten sich den Fragen des Publikums (v.l.n.r.): Florian Voigt (Energiegenossenschaft Odenwald eG), Prof. Kerstin Schulz (Hochschule Darmstadt), Dietrich Kübler (Landrat Odenwaldkreis), Prof. Dr. Lothar Petry (Hochschule Darmstadt) und Dr. Maren Heincke (ZGV).

AUS DER REGION

Windkraft im Odenwald: Wie ein Energiekonzept die Region spaltet

Seit dem Reaktorunglück von Fukushima wurde in Deutschland der Ausstieg aus der Atomenergie forciert und die Energiewende von der Bundesregierung gesetzlich verankert. Um in Zukunft den Energiebedarf zu decken, sind die endlichen fossilen Energieträger wie Kohle oder Erdöl und -gas keine Alternative. „Regenerative Energien“ ist das Zauberwort.



von: Larissa Arras, Referentin für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Odenwald

Für Südhessen wurde im April 2014 der „Sachliche Teilplan Erneuerbare Energien“, kurz „Regionalplan Südhessen“, vorgelegt. Für die Region des Odenwaldkreises sieht er Flächen für Windkraftanlagen (WKA) von 6 Prozent der Gesamtfläche vor. Hessenweit sind es dagegen nur 2 Prozent. Die verhältnismäßig hohe Flächenausweisung liegt u. a. daran, dass ländliche Räume weniger besiedelt sind und der Odenwaldkreis mit seinen Höhenzügen mehr Baulandoptionen bietet als ein dicht besiedelter Ballungsraum.

Neben dem Regionalplan Südhessen, der in der jetzigen Form keine rechtsverbindliche Flächenausweisung formuliert, arbeitet der Odenwaldkreis mit seinen Kommunen an einem Flächennutzungsplan, der Vorrang vor der Flächenkonzeption des Landes bekommen soll. Er prüft vor Ort, welche Standorte besonders für Windkraftanlagen geeignet sind und welche besonders schützenswert sind.

Gemeinsam für die Region Odenwald?

An dem Abwägungsprozess beteiligten sich seit dem Frühjahr unterschiedliche Akteure in der Region.

Die Energiegenossenschaft Odenwald (EGO) sollte als ausführendes Unternehmen den Bau der Windkraftanlagen realisieren. Sie erarbeitete in enger Abstimmung mit dem Odenwaldkreis mögliche Baulandkonzepte im Sinne des zukünftigen Flächennutzungsplans und veranstaltete mehrere Informationsabende für Bürgerinnen und Bürger, um über die konkret vorgesehenen Gebiete und die geplante Anzahl von Rotoren zu informieren.

Das Evangelische Dekanat Odenwald bot im Kloster Höchst eine Informationsveranstaltung für Kirchengemeinden an. Dr. Maren Heincke, Referentin für den Ländlichen Raum des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung, stellte den Regionalplan und den Flächennutzungs-

plan vor, erläuterte die rechtlichen Hintergründe ebenso wie die Aspekte von Schöpfungs- und Gesellschaftsverantwortung. Dr. Peter Möser, Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung in den Dekanaten Büdingen, Nidda, Schotten, berichtete aus dem Vogelsbergkreis von seinen Erfahrungen mit der Auseinandersetzung um WKA-Standorte.

In der Region gründeten sich Bürgerinitiativen, die sich gegen die Windkraftanlagen aussprechen. „Gegenwind“ lautet einer der programmatischen Namen. Sie bestimm(t)en den Diskussionsprozess erheblich mit. Sie ließen u. a. neue Gutachten erstellen, die die gesundheitsschädigende Wirkung von Windkraftanlagen zum Beispiel durch Emissionen wie Infraschall oder die Gefährdung des Naturschutzes durch Vogelschlag oder die Verbrämung geschützter Tierarten belegen sollten.

Denn nicht unerheblich für die Odenwaldregion ist der Naturraum an sich, der als Erholungs- und Kompensationsfläche für die Ballungsräume Rhein-Main sowie Rhein-Neckar eine hohe Bedeutung hat.

Durch die Bebauung mit WKA würde dieser Wert, nach Ansicht der Kritiker, unwiederbringlich verloren gehen.

Nachgewiesene schützenswerte Tierarten und die Parallelgutachten zu Windstärken und Windhäufigkeiten lieferten die Argumentationsgrundlage, die Bebauung der vorgesehenen Standorte durchweg abzulehnen.

Zuletzt versuchte das Evangelische Dekanat Vorderer Odenwald im Oktober mit einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung in Reichelsheim zur Versachlichung des Diskurses beizutragen.

Bisher haben sich die Wogen des oft emotionalen Diskurses zwischen Kritikern und Befürwortern von Windkraftanlagen im Odenwald nicht geglättet. Das Gegenteil ist der Fall. Die sachliche Debatte über die Standorte von Windkraftanlagen wurde abgelöst von öffentlich vorgetragenen persönlichen Anklagen, Unterstellungen und Diffamierungen. Das stellt Dorfgemeinschaften, Familien, Kollegen und politische Zusammenarbeit in der Region vor Zerreißproben, die nicht immer bestanden werden.

Einzelne Menschen haben bereits persönliche Konsequenzen gezogen: Ehrenämter wurden aufgegeben, Gespräche unterbrochen, Engagement zurückgenommen. Die EGO trat bereits im späten Frühjahr von ihren Plänen, die möglichen Windkraftanlagen in der Region zu planen und zu bauen, zurück. Sie begründete das mit dem massiven Gegenwind, der von Seiten der Bürgerinitiativen weht. Damit ist anderen Investoren, die aus anderen Regionen Deutschlands den Odenwald rein als Investitionsstandort sehen, die Möglichkeit eröffnet, hier das Geschäftsfeld zu erschließen.

Wie kann es weitergehen?

Die evangelischen Dekanate im Odenwald haben versucht, die sachorientierte Diskussion zu fördern. Dabei standen Referentinnen und Referenten zur Verfügung, die fachkundig die unterschiedlichen Argumentationsstränge vorstellten.

Der Bedarf an dieser Art von Diskursraum ist ungebrochen hoch. Dies zeigen Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie die gut besuchte Informationsveranstaltung im Oktober in Reichelsheim.

Es gehört zur gesellschaftlichen Verantwortung der evangelischen Kirche in der Region als moderierender und gestaltender Akteur aufzutreten. Die Bewahrung der Schöpfung und die Verantwortung für die hier lebenden Menschen ist dabei der Orientierungspunkt. In der Debatte gilt es die Würde der einzelnen Diskussionspartner zu achten und nicht einseitig Partei zu ergreifen.

Dies wurde auch durch die abgegebene Stellungnahme des Evangelischen Dekanats Odenwald zum Ausdruck gebracht, die im Frühjahr an das Regierungspräsidium in Darmstadt eingereicht wurde.

Das moderierende Auftreten der Kirche wird von Meinungsträgern beider Seiten nicht immer anerkannt und mitunter vorwurfsvoll kommentiert: Die Kirche stehe auf der „falschen Seite“ oder mache sich „schuldig“. Diese Kommentare werden aber an der Grundhaltung der Kirche nichts ändern, da sie nicht zur Verhärtung der Fronten beitragen will. Denn es kommt in den schwierigen Aushandlungsprozessen auf Augenmaß an, um zwischen den unterschiedlichen Positionen eine verantwortbare Mitte zu finden. ■



Gegenwind
für die Windkraft
im Odenwald.

Suchet der Stadt Bestes: Gesellschaft nachhaltig gestalten

Unter der Schirmherrschaft von Wiesbadens Bürgermeister Arno Goßmann organisierte Dr. Christian Fischer, Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung, im September 2014 eine dreiteilige Veranstaltungsreihe als regionales Projekt der Reihe „Auf geht's! – Den Wandel gestalten“ des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik

Unter dem Motto „Suchet der Stadt Bestes – Gesellschaft nachhaltig gestalten“ gelang es, ganz unterschiedliche gesellschaftliche Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen und darauf aufmerksam zu machen, dass Kirche einen öffentlichen Auftrag besitzt, der dem Gemeinwohl in all seinen Facetten dient.

Unter dem Titel „Nachhaltig planen“ erkundeten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Stadtentwicklungsdezernentin Sigrid Mörcke die Herausforderungen menschengemäßer Stadtplanung in einer Großstadt. Die begangenen Orte „City-Nordwest“, Platz der Deutschen Einheit / Faulbrunnenplatz und Ringkirche ließen anschaulich werden, welche komplexe Fragestellungen stadtplanerisches Handeln für alle Beteiligten und Verantwortlichen bereithält. Und beteiligt und verantwortlich – auch das wurde deutlich – sind nicht nur wenige Personen in politischen Ämtern, sondern letztlich alle Menschen, die an einem Ort zusammen wohnen und arbeiten.

Die vielfältige Interessenlage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantwortete auch die Frage, die von mehreren gleich zu Beginn gestellt wurde: „Warum macht denn eigentlich Kirche so eine Veranstaltung?“ Antwort: Weil nach reformatorischer Überzeugung Kirche dazu da ist, nach dem Gemeinwohl zu fragen. Und das Gemeinwohl lässt sich nur erheben, wenn auch tatsächlich alle, die zum Gemeinwesen gehören, Gehör finden und sich einbringen können.

Das gilt auch bei scheinbar so technischen Fragen wie der Energieversorgung. Unter dem Titel „Nachhaltig Energie erzeugen“ organisierte Fischer eine Stadtrundfahrt mit Bürgermeister und Umweltdezernent Arno Goßmann zum Biomasseheizkraftwerk Wiesbaden



Pfarrer Christian Fischer, Städtin Sigrid Mörcke und SEG Geschäftsführer Roland Stöcklin (vorne, v.l.) erkunden mit Bürgerinnen und Bürgern die Wiesbadener Innenstadt.

und der Bürgersolaranlage Wiesbaden. Im Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) der ESWE in Wiesbaden werden künftig jährlich rund 90.000 Tonnen Biomasse verbrannt und dabei regenerativer Strom und Fernwärme erzeugt. Dadurch wird das BMHKW rund 50 Prozent des Fernwärme-Bedarfs der hessischen Landeshauptstadt decken. Die Leistung des neuen BMHKWs reiche rein rechnerisch aus, um rund 12.000 Einfamilienhäuser ein ganzes Jahr lang mit Strom und Fernwärme zu versorgen.

Das Bürgersolarprojekt ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, sich als Teilnehmer an Solarstromanlagen zu beteiligen. Zwei Solarstromanlagen mit jeweils rund 30 Kilowatt Peak Leistung (kWp) sind bereits seit Ende 2009 und Mitte 2010 in Betrieb. Eine dritte Anlage mit knapp 93 kWp ist Ende 2010 ans Netz gegangen. Die beteiligten Bürger profitieren von den Einspeiseerlösen. Mit den Bürgersolaranlagen werden jährlich rund 655.000 Kilowattstunden Strom erzeugt und 455 Tonnen CO₂ eingespart.

Auch diese Veranstaltung machte evident, dass wirtschaftliche und politische Entscheidungen nur dann men-

schengemäß gestaltet werden können, wenn die ganze Vielfalt öffentlicher Belange geduldig in den Blick genommen wird.

Unter dem Titel „Nachhaltig wirtschaften – ÖKOPROFIT als Netzwerk“ stellten sich abschließend verschiedene Unternehmen vor und gaben Einblicke in ihre Praxis. Vertreterinnen und Vertreter der Werkstatt Schlocker-Stiftung der EVIM Behindertenhilfe, der Huhle Stahl- und Metallbau GmbH, der Mitsubishi Polyester Film GmbH und der SV Sparkassenversicherung Holding AG kamen gemeinsam mit Bürgermeister Arno Goßmann der Einladung von Dr. Fischer nach.

In kleinem Kreis wurde intensiv darüber nachgedacht, welchen Beitrag die unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure zur Suche nach dem Besten der Stadt leisten können. Es zeigte sich: Es ist mehr möglich, als mancher denkt. Auch dafür dankte Bürgermeister Goßmann Pfarrer Fischer und verband damit den Wunsch, dass es noch häufiger solche Veranstaltungen der Evangelischen Kirche geben möge, die dem gesellschaftlichen Diskurs Raum geben. ■



Energie und Klimawandel: Tagung des Umweltnetzwerkes der christlichen Kirchen in Europa

Die zehnte Tagung des European Christian Environmental Networks (ECEN) fand vom 27. September bis 1. Oktober 2014 in Balatonszárszó/ Ungarn statt. Sie stand unter der Überschrift „Energie und Klimawandel – Die Rolle und die Stimme der Kirchen“. Etwa 100 Vertreter europäischer Kirchen nahmen an der Versammlung teil, darunter auch der Umweltbeauftragte des Rates der EKD, Prof. Dr. Hans Diefenbacher. Neben Hauptvorträgen, die das Spektrum best-practice bis akademisch-theologisch abdeckten, sind thematische Arbeitsgruppen besonderes Kennzeichen von ECEN. Diese bringen die Vielfalt an Konfessionen und Menschen in Beziehung und ermöglichen einen regen Austausch miteinander, der auch zwischen den Tagungen erhalten bleibt. Die AG „Theologie und Schöpfungszeit“ beispielsweise, an der auch Pfarrer Dr. Hubert Meisinger vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung teilnahm, setzt sich u. a. für eine bessere europaweite Koordinierung der Schöpfungszeit ein und versucht, diesen Tag im liturgischen Jahreskalender der Kirchen zu verankern. (www.ecen.org)



Vereinbarkeit von Beruf und Pflege: Fortbildung in Darmstadt

Gemeinsam mit der Firma Merck, der Hochschule Darmstadt und der Technischen Universität Darmstadt hat die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau eine Fortbildung zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege angeboten.

Für Berufstätige ist es eine große Herausforderung ihr Arbeits- und Privatleben in Einklang zu bringen, besonders dann, wenn Angehörige pflegebedürftig werden.

Deren Pflege kann von Unterstützung bei den alltäglichen Dingen bis zur ganztägigen körperlichen Betreuung reichen. Oftmals tritt der Pflegefall ganz unvorhergesehen ein und kann sich über mehrere Jahre hinziehen.

Die Betroffenen sehen sich mit einer Situation konfrontiert, in der häufig folgende Fragen auftreten:

- Wie kann ich die eigene herausfordernde Berufstätigkeit mit dem Engagement bei der Pflege von Angehörigen in Einklang bringen und dabei gesund und leistungsfähig bleiben?
- Wenn ich selbst nicht in der Pflege aktiv werden kann, woher bekomme ich professionelle und vertrauenswürdige Unterstützung?
- Wie lässt sich professionelle Hilfe finanzieren?

Die Kooperation zwischen dem Stabsbereich Chancengleichheit der EKHN, dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, der Firma Merck, der TU Darmstadt und der Hochschule Darmstadt sieht vor, dass 2015 wieder Beschäftigte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau an der Fortbildung teilnehmen können.

Nähere Informationen:

Heike Miehe
Telefon: 06131 28744-45
E-Mail: h.miehe@zgv.info

Carmen Prasse
Telefon: 06151 405-434
E-Mail: carmen.prasse@ekhn-kv.de

DRIN: Ein Gemeinwesenprojekt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Deutschland nach Auskunft einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die am 9. Dezember 2014 veröffentlicht wurde, in den vergangenen 30 Jahren größer geworden. Die OECD fordert die Politik auf, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, weil zu große Ungleichheit dem Gemeinwohl schadet. Bereits ein halbes Jahr vor der Veröffentlichung dieser Studie ist die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau aktiv geworden.

Die Synodenmitglieder haben auf ihrer Frühjahrstagung 2014 beschlossen, Gemeinschaftsprojekte, die Armut und Ausgrenzung bekämpfen, mit drei Millionen Euro zu fördern. Dazu wurde das Projekt DRIN (Dabei sein, Räume entdecken, Initiativ werden, Nachbarschaft leben) gegründet.

Dafür sollen Kirchengemeinden und regionale diakonische Werke gemeinsam mit Kommunen, Vereinen und Verbänden vor Ort Hilfsangebote entwickeln, die möglichst niedrigschwellig sind und Nachbarschaftsnetzwerke bilden. Gemeinsam ist es leichter, die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für Hilfs-



angebote aufzubringen. Und das unterschiedliche Wissen der Partner wird zum Erfolg der Projekte beitragen.

Geplant ist, dass insgesamt bis zu sechs Projekte pro Propstei gefördert werden. Über die Anträge und die Vergabe der Mittel entscheidet eine Projektsteuerungsgruppe Ende 2015.

Weitere Informationen zu Voraussetzungen und Bewerbungsverfahren:

Projektbüro DRIN

Pfarrerin Margarete Reinel (Projektleitung)

margarete.reinel@diakonie-hessen.de

Verantwortung, die durch den Magen geht: Ökofaires Einkaufen und Kochen bei Konfifreizeiten, Gemeindefesten und in Kindertagesstätten



Um das Thema ökofaires Kochen in den Küchen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) voran zu treiben, wurde 2014 ein Tageskurs für 14 Frauen, die in der Hauswirtschaft tätig sind, durchgeführt. Die Agraringenieurin Dr. Maren Heincke zeigte die gesellschaftspolitische Bedeutung einer nachhaltigeren Ernährungsweise auf und die Hauswirtschaftsleiterin des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung Silvia Zerfaß gab Tipps aus der Praxis, erarbeitete Rezepte mit den

Teilnehmerinnen und kochte mit ihnen ein mehrgängiges Essen. Da die Kursteilnehmerinnen überwiegend in evangelischen Kindertagesstätten arbeiten, nutzten sie die Gelegenheit, sich mit ihren Berufskolleginnen über praktische Fragen der ökofairen Kinderernährung auszutauschen.

Da die Resonanz sehr positiv war und es für den Tätigkeitsbereich Hauswirtschaft sonst kaum Fortbildungsangebote in der EKHN gibt, wird das Angebot 2015 fortgesetzt.

Personalien

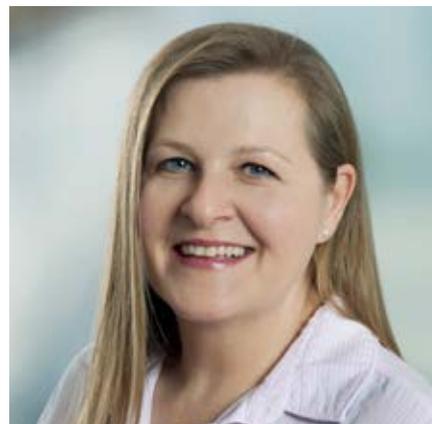
VERÄNDERUNGEN IM ZGV



Helga Ponniah wurde Ende Mai in den Ruhestand verabschiedet. Sie arbeitete 15 Jahre als Sekretärin im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung und dessen Vorgängerorganisationen.



Pfarrer Christoph Geist ging im Juni 2014 in Ruhestand. Er baute die Jugendwerkstatt in Gießen auf, eine Einrichtung für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene.



Beate Unser übernahm am 1. Juli 2014 mit einer Wochenarbeitszeit von 19 ½ Stunden die Sekretariatsaufgaben für das Referat Ländlicher Raum. Außerdem betreut sie die Netzwerke Familie und Leben im Alter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.



Siegfried Schwarzer, Referent für Arbeit und Soziales, verließ nach 24 Jahren Berufstätigkeit in der EKHN das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung.



Christine Seemann, Sachbearbeiterin im Referat Öffentlichkeitsarbeit, wurde Ende September verabschiedet. Sie übernahm neue Aufgaben im Rechenzentrum der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz.



Annette Schwinn vervollständigt als diplomierte Grafikdesignerin das Referat Öffentlichkeitsarbeit seit Anfang Dezember 2014.

NEUE BEAUFTRAGUNGEN



Pfarrer Dr. Ralf Stroh wurde vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt zum neuen Beauftragten für die Bundesallianz für den freien Sonntag ernannt.



Dr. Maren Heincke wurde als Sprecherin der Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt in der Landwirtschaft im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen berufen. Desweiteren ist sie berufenes Mitglied im Beirat der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz.



Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt ist Mitglied des Beirats des Projekts „Dialog Nachhaltigkeit“ der EKD.



Heike Miehe wurde in den Beirat der Stiftung DiaStart der Diakonie Hessen berufen und zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger vertritt seit Oktober 2014 die evangelischen Kirchen in Hessen im Konvent des Forums Flughafen und Region.

MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD

Beauftragte für Steuergerechtigkeit:
Dr. Brigitte Bertelmann

Mitglied im Ausschuss Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Technik:
Heike Miehe

Evangelischer Dienst auf dem Lande der EKD

Mitglied des Vorstandes:
Dr. Maren Heincke

Kammer für soziale Ordnung des Rates der EKD

Dr. Brigitte Bertelmann

Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD

Dr. Hubert Meisinger

Ständiger Gast: Dr. Maren Heincke

Adressen

LEITUNG



LEITUNG
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Telefon: 06131 28744-41
c.schwindt@zgv.info



STELLVERTRETENDE LEITUNG
Dr. Brigitte Bertelmann
Telefon: 06131 28744-44
b.bertelmann@zgv.info



GESCHÄFTSFÜHRUNG
Petra Weller
Telefon: 06131 28744-31
p.weller@zgv.info

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Margit Befurt
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info



Annette Schwinn
Sachbearbeitung
Telefon: 06131 28744-43
a.schwinn@zgv.info

RAUMVERMIETUNG & VERANSTALTUNGSBETREUUNG



Silvia Zerfaß
Hauswirtschaft
Telefon: 06131 28744-34
s.zerfass@zgv.info



Sylvia Krause
Hauswirtschaft

SEKRETARIATE



Irmgard Reuter
Telefon: 06131 28744-0
i.reuter@zgv.info



Ulrike Schwartz
Telefon: 06131 28744-54
u.schwartz@zgv.info



Hans-Peter Wiener
Telefon: 06131 28744-46
h.wiener@zgv.info



Beate Unser
Telefon: 06131 28744-32
b.unser@zgv.info



Petra Böhme
Telefon: 06131 28744-33
p.boehme@zgv.info



Hanne Münch
Telefon: 06131 28744-35
h.muench@zgv.info



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz
Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK



Dr. Brigitte Bertelmann
Telefon: 06131 28744-44
b.bertelmann@zgv.info



Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Telefon: 06131 28744-56
r.stroh@zgv.info

ARBEIT & SOZIALES



Heike Mieke
Telefon: 06131 28744-45
h.mieke@zgv.info



Marion Schick
Telefon: 06131 28744-51
m.schick@zgv.info

UMWELT & DIGITALE WELT



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
h.meisinger@zgv.info



Michael Grunewald
Telefon: 06131 28744-48
m.grunewald@zgv.info



Rudi Imhof
Telefon: 06131 28744-49
r.imhof@zgv.info



Pfarrer Hans Ulrich Reitzel
Projektstelle Flughafen
Telefon: 06196 80905827
reitzelhans@gmail.com



Kristina Eifert
Projektstelle Nachhaltigkeit
Telefon: 06131 28744-49
k.eifert@zgv.info

LÄNDLICHER RAUM



Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
m.heincke@zgv.info



Pfarrerin Ellen Simon
Landwirtschaftliche Familienberatung
Telefon: 06131 28744-55
e.simon@zgv.info

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Michael Grunewald
Telefon: 06131 28744-48
m.grunewald@zgv.info



Rudi Imhof
Telefon: 06131 28744-49
r.imhof@zgv.info

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Str. 113–115
55128 Mainz

Redaktion:

Margit Befurt, Dr. Brigitte Bertelmann,
Christian Schwindt, Dr. Ralf Stroh

Gestaltung:

Holger Giebeler, magascreen.com

Korrektorat:

Hans-Peter Wiener

Druck:

Lautertal-Druck, lautertal-druck.de

Auflage: 800

Bildnachweis:

Titel: ZGV, Kita Regenbogenland Ffm,
Merck KGaA, Martin Biehl,
Jörg Hackemann/Fotolia (1 u.r.)
S. 4/5: Paul Gessinger, Julian Rausch
S. 8/9: Doris Stickler
S. 10/11/12/27: Gerhard Mester
S. 19/20: Klaus Kordesch
S. 21/22: Merck KGaA
S. 23: Matthias Hartmann

S. 24: alexey_boldin/Fotolia
S. 25/26: Kita Regenbogenland Ffm,
Michaela Bauerfeind, Kita St. Jakob Ffm
S. 28: Eve/Fotolia
S. 29: Simon, Hahn
S. 30 o.l.: Martin Biehl
S. 31/32: Bernhard Bergmann
S. 33: Elisabet Friedgen
S. 34: Tamás Kodácsy

Alle übrigen: ZGV

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.
Aus christlicher Verantwortung vor Gott
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU